

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Konrad Langenheim

Lebendige Landschaft..... 151

Walter Lurgenstein

Was man tun müßte..... 161

Reinhold Borzikowsky

Die deutsch-dänische Grenzwasserkommission 167

Hans-Wilhelm Müller

Die Arbeitsgemeinschaft Europastraße 3 172

Detlef Hansen

Der Gemeinsame Markt..... 177

Aksel Møller

Wo fliegen des Nordens Schwäne hin? 179

Rudolf Stehr

Gibt es ein „Programm Süd“ in Nordschleswig? 181

Detlef Hansen

Wahlen – Zahlen – Konsequenzen 187

Hans Peter Johannsen

Die Zeit im Spiegel der Literatur..... 194

Umschau ab Seite 199

REINHOLD BORZIKOWSKY, geb. 12. 6. 1918 in Sonderburg. Besuch des Gymnasiums in Itzehoe. Studium: Jura und Verwaltungswissenschaften in Freiburg, Greifswald, Göttingen und Kiel. Seit 1947 Landrat des Kreises Husum.

KONRAD LANGENHEIM, Prof., geb. 26. 10. 1903 in Kiel. Diplom-Landwirt. 1932 Direktor der Genossenschaftlichen Reichsviehverwertung. 1941 Ministerialrat im Reichsministerium Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1945 Stellvertretender Leiter der Zentralstelle für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Regional Food Office), 1947 Abteilungsleiter im Schleswig-Holsteinischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, seit 1951 Ministerialdirektor. 1950 Lehrauftrag für landwirtschaftliche Marktlehre an der Universität Kiel.

AKSEL MÖLLER, geb. 1906, seit 1939 im Folketing, 1950—53 dänischer Innen- und Wohnungsbau-Minister, heute Bürgermeister in Frederiksborg und Leiter der Konservativen Volkspartei.

HANS-WILHELM MÜLLER, geb. 1925 in Lübeck-Travemünde. Lokalredakteur des Flensburger Tageblattes.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzland). Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,- DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,- DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9. — Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

WEIHNACHTLICHES

Ein heimliches Gefühl als wie von Menschennähe überkam sie. Aber die Stadt war nicht zu sehen, nicht einmal die Kirchturmspitze, die sie am Tage aus ihrem Stubenfenster sah, und ihre Augen hoben sich unwillkürlich zu der großen blitzenden Himmelsglocke, die in feierlicher Ruhe auf dem dunklen Erdenrunde stand. Es war so still, daß sie droben das leise Brennen der Sterne zu vernehmen meinte. Und immer neue, immer fernere drangen, je länger, je mehr, einer hinter dem andern aus dem blauen Abgrund über ihr. Und immer weiter folgte ihr Blick; ihr war, als flöge ihre Seele mit von Stern zu Stern, als sei sie droben mit in der Unendlichkeit. „Du großer, liebevoller Gott“, flüsterte sie, „wie still regierst Du Deine Welt!“ Ein roter Schein flog über den Himmel, es mochte der Strahl eines beginnenden Nordlichts sein; da gedachte sie des Weihnachtabends und sagte: „Christkindlein fliegt!“

AUS: THEODOR STORM „ABSEITS“

„Aber jetzt müssen die Leute herein, Tine“, sagte die Mutter. Sie hatten sich schon auf dem Korridor versammelt. Die Mägde waren auf Socken, und die Knechte hatten Stiefel an. „So, Kinder“, sagte die Mutter und machte die Tür auf, „jetzt ist Weihnachtsabend.“ Sie kamen alle herein, einer nach dem andern, sehr langsam, mit einem wunderlichen Sprung über die Türschwelle, als setzten sie über eine Barrikade. Und Gesichter machten sie, als gingen sie zum Altar. Zuletzt kam Jens, der Kuhhirt. Er hatte eine gestreifte Weste über traurig hängenden Hosen an. Sie bekamen die Geschenke und bedankten sich – was sie sagten, hat nie ein Mensch gehört – und trugen die Dinge in die Ecke, als wollten sie sie in Sicherheit bringen; dabei schielten sie nach den Geschenken der anderen hin.

„So, Jens“, sagte die Mutter, „jetzt wollen wir tanzen.“ Es wurde eine Kette gebildet. Den Anfang machte sie selbst mit Jens, dann kamen die Kinder mit den Mägden

und Knechten.

„Den Kreis schließen“, rief sie Tine zu und sie setzte sich in Bewegung. Langsam zog der Kreis um den Baum, während die Mutter mit ihrer etwas zitternden Stimme zu singen anfang.

„Schön ist die Erde,
Prächtig ist Gottes Himmel,
Schön ist der Seelen Pilgrimsgang.
Hin durch die holden Reiche der Erde
Gehn wir zum Paradies mit Gesang.“

AUS: HERMANN BANG „DAS WEISSE HAUS“

Lebendige Landschaft

Sinn und Bedeutung des »Programm Nord«

Als nach dem Ende des zweiten Weltkrieges aus der ehemals preußischen Provinz das Land Schleswig-Holstein wurde, schienen die ersten Regierungen des jungen Landes vor unlösbaren Aufgaben zu stehen. Der Zustrom an Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem deutschen Osten verdoppelte nahezu die eingessene Bevölkerung, aber die ohnehin beschränkten wirtschaftlichen Grundlagen in Gewerbe und Industrie waren zerstört oder wurden demontiert. Selbst der landwirtschaftlich nutzbare Boden war in weiten Teilen des Landes leistungsschwach oder gar krank.

In dieser Lage wurde im Jahre 1951 ein weitgespanntes Sanierungsprogramm aufgestellt, dessen landwirtschaftlicher Teil fünf „Notstandsgebiete“ in den Landesteilen Schleswig und Holstein unterschied:

1. Nord- und Ostseeküste (Uferschutz),
2. Geest, Landesteil Schleswig,
3. Marsch, Landesteil Schleswig,
4. Geest, Landesteil Holstein,
5. Marsch, Landesteil Holstein.

Dieser Plan verfolgt das Ziel, die bestehenden Verhältnisse durch umfassende landeskulturelle Maßnahmen nachhaltig zu verbessern. Nach dem Vorwort des Herrn Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist er für das Land Schleswig-Holstein die maßgebliche Planungs- und Arbeitsgrundlage.

Man kann den Plan geradezu als einen Markstein in der Wirtschaftsgeschichte Schleswig-Holsteins ansehen, wurde doch zum ersten Male für unser Land ein Entwicklungskonzept auf lange Sicht ausgearbeitet. Prof. Dr. Jens Iwersen aus Hattstedt, selbst Bauer und Kenner der Praxis, hat damals als Referent im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Wesentliches zur Gestaltung dieses Programms beigetragen. Besonders lag ihm am Herzen, daß man sich bei derartigen landeskulturellen Maßnahmen bevorzugt um die Gesundung des Bodens zu bemühen habe. Mit Nachdruck wies er darauf hin, daß erhebliche Teile der Geest und der Marsch in ihrer natürlichen Leistungskraft geschwächt sind.

Der diluviale Geestboden ist unter den Einflüssen des humiden Klimas und besonderer Pflanzengesellschaften an Nährstoffen verarmt, entkalkt und versauert. Die Fruchtbarkeitstragenden Bodenbestandteile sind vielfach zerstört,

Auswaschungs- und verdichtete Anreicherungshorizonte – Orterde und Ortstein – treten auf, die vertikale Wasserführung ist unterbunden; der Bodenkundler bezeichnet solchen Boden als degradiert. Auch in der Marsch gibt es nicht nur fruchtbare Böden. Weite Flächen, namentlich in den älteren Kögen, weisen eine sogenannte Knicklage auf, die wie der Ortstein in der Geest Durchwurzelung und Wasserführung unterbindet.

Iwersen hat seit 1949, um fundierte Unterlagen über das Vorkommen dieser Bodendegradation zu schaffen, im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung die Unterlagen der Reichsbodenschätzung systematisch auswerten lassen unter der Fragestellung, wo schwerpunktartig diese kranken Böden – er nannte sie auch die entarteten Böden – auftreten und welches Ausmaß die Degradation im Einzelfalle erreicht. In seinen Schriften und Vorträgen betonte er immer wieder, daß solche Böden zu Ertragsdepressionen führen müssen, daß sie die Betriebe zu einer ausgesprochenen Einseitigkeit zwingen und sie deshalb mit einem erheblichen betriebswirtschaftlichen Risiko belasten. Er forderte deshalb:

Leistungssicherung durch Bodengesundung!

Im Landesteil Schleswig ist die Situation fraglos schwieriger als im Landesteil Holstein. Hier sind nicht nur, wie die Auswertung der Bodenschätzung zeigt, die Böden schlechter, ungünstiger sind auch die klimatischen Verhältnisse. Schleswig-Holstein liegt bekanntlich im Bereich des humiden Klimas; die Pflanzensoziologen haben aber in unserem nördlichen Landesteil eine besondere Klimazone, den sogenannten Atlantischen Klimakeil, entdeckt. Sie wiesen nach, daß in Schleswig Pflanzenarten gedeihen, die südlich der Eider und nördlich der Wiedau nicht vorkommen und umgekehrt. Typisch für diesen Raum sind die trockenen Vorsommer bei reichlichen Jahresniederschlägen. Die Dürre führt zu Windverwehungen und Ertragseinbußen, die hohen Niederschlagsziffern der Spätsommermonate dagegen kennzeichnen die Schwierigkeiten bei der Erntebergung.

Zu der Ungunst der Boden- und Klimaverhältnisse gesellt sich noch der Nachteil der marktfernen Lage. Betriebswirtschaftliche Untersuchungen, so z. B. die der Landwirtschaftskammer, des Landwirtschaftlichen Buchführungsverbandes oder des Landeskontrollverbandes, kommen deshalb übereinstimmend zu dem Schluß, daß die landwirtschaftlichen Roh- und Reinerträge im nördlichen Landesteil gegenüber denen Holsteins erheblich abfallen. Das ist der Grund, warum in dem eingangs erwähnten langfristigen Sanierungsplan die Notstandsräume des Landesteils Schleswig nächst der geradezu lebenswichtigen Aufgabe des Uferschutzes vorrangig in das Arbeitsprogramm eingestuft wurden.

In seinen Vorschlägen zur Gesundung des Sanierungsgebietes ging Iwersen von dem Grundsatz aus:

„Eine nachhaltige Verbesserung der unzulänglichen Verhältnisse dieses Raumes

ist nur möglich, wenn aus der *Gesamtschau* der gegebenen Notwendigkeiten von Boden, Wasser, Klima, Betrieb und menschlicher Siedlungsgemeinschaft alle die Maßnahmen gleichzeitig und folgerichtig zur Durchführung kommen, die eine günstige Gestaltung der bodenmäßigen, betriebs- und volkswirtschaftlichen Ertragsleistung, eine weitgehende Ausschaltung der naturgegebenen Unsicherheiten und eine Sicherung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und Siedlungsgemeinschaften gewährleisten.“ Diese Konzeption bedeutet nicht nur eine Abkehr von der bisher geübten Methode der Teilmaßnahmen und der Teilerfolge hin zur komplexen Erschließungsarbeit, sie sprengt förmlich den überkommenen Begriff der „Kulturtechnik“ und läßt die umfassende Art der Landeskultur – wir nennen sie auch „Integralmelioration“ – zu einem aktiven Faktor neuzeitlicher Agrar- und Wirtschaftspolitik werden.

Die 1951 für das Sanierungsprogramm veranschlagten Kosten waren beträchtlich. Sie lagen schon bei den damaligen Preisen bei rd. 1,3 Milliarden DM. Eine kurzfristige Finanzierung dieses Betrages hätte Bund, Land und Beteiligte vor unlösbare Schwierigkeiten gestellt. Es bestand deshalb von Anfang an Einvernehmen, daß man dieses gigantische Projekt nur in Teilabschnitten würde bewältigen können. Bei den Verhandlungen, wo zu beginnen sei, war man einig, daß der Schwerpunkt zunächst auf den Nordwestteil des Landesteils Schleswig zu legen sei. 1953 wurde mit den praktischen Arbeiten begonnen. Die bisher getroffenen Maßnahmen sind also als der erste Arbeitsabschnitt eines komplexen Landeskulturwerks zu werten.

Das bisherige Arbeitsgebiet des „Programm Nord“, wir nennen es kurz „Grenzgebiet“, umfaßt den Festlandteil des Kreises Südtondern und Teile der Kreise Flensburg und Schleswig mit zusammen 84 500 ha. Es untergliedert sich in folgende, strukturell in sich gleichartige Landschaftsräume:

Landschaftsraum Marsch	33 400 ha
Landschaftsraum Geest	46 200 ha
Sanierungsgebiet Gotteskoog	3 600 ha
Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog	1 300 ha
	<hr/>
	84 500 ha

Die Gesamtaufgabe der Erschließung umfaßt folgende Hauptarbeitskreise:

1. Regelung der Großwasserwirtschaft
(mit Landgewinnung, Ent- und Bewässerung, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung),
2. Ausbau der Verkehrsstraßen,
3. Flurbereinigung
(mit Wirtschaftswegebau, Bodenkulturmaßnahmen und Windschutz),
4. Aufforstung,
5. Siedlung (einschließlich sozialer Landarbeiterwohnungsbau),

6. Sonstige Maßnahmen zur Hebung der Gesamtproduktivität

(z. B. Förderung der mittelständischen Unternehmungen).

Die Wasserwirtschaft ist der Wegbereiter für das Einsetzen der weiteren Erschließungsmaßnahmen. Diese Position steht deshalb in den ersten Baujahren der Erschließung im Vordergrund. Es sei hierzu erwähnt, daß in Marsch und Geest schwierige und kostspielige Aufgaben zu lösen sind.

Als besonders große Aufgabe der Wasserwirtschaft steht die Beseitigung der sogenannten „Hochwasserspitze Bongsiel“ noch an. Die schadlose Abführung des Wassers aus dem rd. 72 000 ha großen Niederschlagsgebiet Bongsiel bereitete bislang große Schwierigkeiten, weil einer errechneten Hochwassermenge von rd. 10 Mill. cbm bisher nur ein Speicherraum von rd. 4,3 Mill. cbm gegenüberstand. Von den drei untersuchten technischen Lösungsmöglichkeiten (Schöpfwerk, Speicherbecken im Binnenland, Speicherbecken außendeichs) haben sich die verantwortlichen Stellen für den Bau eines hochwasserfreien Überlaufbeckens im Watt entschieden.

Der Bau eines Schöpfwerkes erschien schon im Hinblick auf die weitere wasserwirtschaftliche Planung im Marschen- und Wattengebiet wenig zweckmäßig. Eindringlich diskutiert wurde die Frage, ob dem Speicherbecken im Binnenland oder dem Speicherbecken vor dem jetzigen Seedeich der Vorzug zu geben sei. Man wählte die kostspieligere Lösung außendeichs, weil die Vorflut in dem Außenpriel „Schlütt“ 80 cm tiefer liegt als bisher, weil durch den neuen Seedeich eine bisher nicht vorhandene zweite Deichlinie geschaffen wird, weil die dringend notwendigen Seedeichverstärkungen auf dem alten Deich fortfallen und weil es schließlich nicht sinnvoll sein konnte, auf der einen Seite mit großen Aufwendungen Neuland zu gewinnen und an anderer Stelle Marschland wieder als Überlaufbecken unter Wasser zu setzen.

Der neue Deich soll insgesamt 1100 ha umschließen; davon sind 600 ha für das Überlaufbecken mit einem Speicherraum von rd. 6 Mill. cbm und 500 ha für landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen. Die Kosten dieses Projektes werden ohne Erschließung und Besiedlung auf 36 Mill. DM beziffert. Die Bauarbeiten, die sich über vier Jahre erstrecken werden, haben in diesem Jahr bereits begonnen. Ein Sonderprojekt ist die Bedeichung des F.-W.-Lübke-Kooges. Der Deich wurde 1954 geschlossen, 1955 folgte der Vorflutausbau, 1956 wurden bereits 700 ha landwirtschaftlich genutzt, 1957 waren bereits 1166 ha, nahezu der gesamte Koog, in Kultur. Die Erträge waren bei geringfügig begrenzten Ausfällen gut bis hervorragend. Die gesamte Koogfläche ist inzwischen drainiert, 15 Siedlerstellen werden noch in diesem Jahr bezogen werden können.

Einen erheblichen Nachholbedarf hat der Wirtschaftswegebau zu befriedigen. Wir kalkulieren, daß auf 100 ha Erschließungsfläche etwa 2 km ausgebaut bzw. erheblich verbessert werden müssen. Bisher wurden 493 km Wirtschaftswege

(davon 378 km befestigt) hergestellt. Betriebszusammenlegungen, Wirtschaftswegebau und Windschutz sind gemeinschaftliche Maßnahmen der Flurbereinigung.

Dem Windschutz messen wir in unserer baum- und straucharmen Landschaft eine erhebliche landeskulturelle Bedeutung bei und versuchen hier unter Auswertung der Erfahrungen in den von Iwersen eingerichteten Windschutzversuchsbeispielen in Joldelund, Kreis Husum, und Gudendorf, Kreis Süderdithmarschen, neue Wege zu gehen. Forst und Windschutz betrachten wir dabei als eine funktionelle Einheit. Die Waldflächen stellen die Eckpfeiler in dem aufzubauenden Windschutzsystem dar. Durch Begrünung der Ortslage und der Einzelgehöfte in der Feldmark werden weitere Baum- und Buschgruppen, also neue Stützpunkte geschaffen, Baumreihen übernehmen die weitere und Hecken die engere Verbauung. Es wird nur mit Laubholz und vorwiegend einreihig gepflanzt. Bisher sind ca. 400 km neue Windschutzhecken geschaffen worden.

Im Rahmen der Flurbereinigung werden auch die notwendigen Bodenverbesserungen als sogenannte grundstücksgebundene Maßnahmen mit erledigt.

Einige Zahlen über den Leistungsstand:

Ödlandkultivierung	244 ha
Ausbau von Parzellengrenzgräben	374 km
Verfüllung alter Gräben	350 km
Dränung	613 ha
Ortsteinbruch	1272 ha

Unter sogenannten betriebsgebundenen Maßnahmen, wie Aufstockung des lebenden und toten Inventars sowie der Gebäude, wurde lediglich die „Sanierung von Stall- und Wirtschaftsgebäuden“ durchgeführt. Bisher konnten 201 Betriebe ihre Wirtschaftsgebäude erneuern bzw. erweitern.

Zentrale Wasserversorgung ist für die gesamte Marsch einschl. des F.-W.-Lübke-Kooges und des neuen Kooges vor Bongsiel erforderlich. Der Wasserbeschaffungsverband „Dreiharden“ ist gebildet, ein neues Wasserwerk am Geestrand bei Tinningstedt ist bereits in Betrieb. Vier Gemeinden sind bisher angeschlossen.

Der erforderliche Ausbau der landwirtschaftlichen Wirtschaftswege konnte nicht sinnvoll sein ohne eine Verbesserung bzw. Ausweitung des Straßennetzes nach modernen Gesichtspunkten. Deshalb ist auch der *Straßenbau* in das Gesamtprogramm mit aufgenommen. Bei den Verkehrsstraßen unterscheiden wir zwischen den sogenannten Erschließungsstraßen (L.II.O. – G.I.K.) und Durchgangsstraßen (Bundesstraßen und L. I. O.). Selbstverständlich ist die Planung der Durchgangsstraßen ebenso wie die der gemeinsamen Wasserläufe

mit dem nördlichen Grenznachbarn abgestimmt. Von einer Gesamtlänge der auszubauenden Straßen mit rd. 300 km Länge sind in den zurückliegenden Baujahren annähernd 50% fertiggestellt worden.

Die *Flurbereinigung* wird voraussichtlich auf 90% der Gesamtfläche erforderlich sein. Wenn auch die Besitzersplitterung nicht annähernd das Ausmaß süddeutscher Verhältnisse erreicht, so ist doch die Flurbereinigung auch bei uns ein wesentlicher Faktor zur Verbesserung der Agrarstruktur. Besonders hoch ist die Bedeutung der Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe zu veranschlagen. Bisher konnten bereits 94 Betriebe in die Feldmark ausgesiedelt werden.

Schleswig-Holstein ist das waldärmste Land der Bundesrepublik. Sein Waldanteil beträgt rd. 8%, der Bundesdurchschnitt ist 17%. Im bisherigen Arbeitsgebiet des „Programm Nord“ liegt der Waldanteil sogar nur bei rd. 4%. Maßnahmen der Waldbildung sind deshalb aus vielerlei Gründen von großem Interesse. Für *Aufforstungen* kommen Ödländereien und geringwertige Flächen in bisheriger landwirtschaftlicher Nutzung in Betracht. 1018 ha sind bisher aufgeforstet worden. Ob sich das Planungssoll von 2000 ha wird erreichen lassen, ist fraglich, dem systematischen Windschutz wird man deshalb besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Für die *Siedlung* fällt Land an durch freihändigen Verkauf, durch Landabgabe für Bauzwecke (§ 52 Fl.Ber.Ges.) und auf dem Wege der Auf Schätzung (§ 46 des Fl.Ber.Ges.). Das bisherige Siedlungsergebnis:

Vollbauernstellen	35
Nebenerwerbs- und Landarbeitersstellen (einschließlich sozialer Landarbeiterwohnungsbau)	520
zusammen	<u>590</u>

Außerdem erhielten 114 Betriebe Landzulagen, denn mehr und mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß bäuerliche Familienbetriebe eine bestimmte Größe nicht unterschreiten sollten. Dem Bau von Landarbeitersiedlungen messen wir besondere Bedeutung bei.

Die *Erschließungskosten* betragen nach der Rahmenplanung des Jahres 1955 für:

	127,34	Mill.	DM
A. Flurbereinigung	127,34		
6000 ha außerhalb der Flurbereinigung	7,30	„	„
B. Aufforstung	2,30	„	„
C. Wasserwirtschaft	99,37	„	„
D. Siedlung	60,28	„	„
E. Verkehrsstraßen	39,44	„	„
F. Handwerk und mittelständische Unternehmungen	2,50	„	„
G. Elektrifizierung	7,00	„	„
H. Aktion Zinsverbilligung	32,00	„	„
I. Planung bzw. Verschiedenes	3,59	„	„

zusammen 381,12 Mill. DM

Zu den bisher genannten Hauptarbeitskreisen kommen noch weitere Maßnahmen, wie Förderung mittelständischer Unternehmungen, Elektrifizierung, Aktion Zinsverbilligung, Planung und Verschiedenes, hinzu. Hierfür wurden bisher 10,3 Mill. DM verausgabt.

Dem Plan nach soll dieses Erschließungspensum in neun Jahren abgewickelt werden, d.h. also ab 1961 allmählich ausklingen.

Mit dem Entschluß über die Realisierung der Hochwasserentlastung Bongsiel war der Weg frei, auch den sogenannten Planungsraum „Rest Bongsiel“ mit in das Erschließungswerk einzubeziehen. Es handelt sich um 22 Geestgemeinden mit einer Gesamtfläche von 26 822 ha, die mit zum Niederschlagsgebiet Bongsiel gehören. Für die Hauptarbeitskreise in diesem Planungsraum werden die Kosten wie folgt beziffert:

Wasserwirtschaft	2,8	Mill.	DM
Verkehrerschließung	3,2	„	„
Flurbereinigung	41,2	„	„
Aufforstung	0,5	„	„
Siedlung	17,0	„	„
Verschiedenes	1,3	„	„
Gesamtkosten	<u>66,0</u>	Mill.	DM

Die von Iwersen gewiesenen Grundgedanken der landeskulturellen Planung sind in den zurückliegenden Jahren noch weiterentwickelt und verfeinert worden. Die Erschließungsarbeiten liegen in diesem Gebiet noch in den ersten Anfängen.

Wir sind heute der Auffassung, daß man Landeskulturwerke nicht nur den Aufgaben nach, sondern auch regional ganzheitlich, d. h. nach Niederschlagsräumen planen und durchführen soll.

Für den Landesteil Schleswig zeichnen sich danach folgende Erschließungsräume ab:

Erschließungsraum A: Wiedau/Bongsiel

Planungsraum: Grenzgebiet (bisheriges

Arbeitsgebiet des „Programm Nord“) 84 500 ha

Planungsraum: Rest Bongsiel 26 800 ha 111 300 ha

Erschließungsraum B: Arlau/Husumer Mühlenau

Planungsraum: Arlau 28 700 ha

Planungsraum: Husumer Mühlenau 15 400 ha 44 100 ha

Erschließungsraum C: Obere Treene 55 000 ha

Erschließungsraum D: Eiderstedt 31 300 ha

Erschließungsraum E: Eiderbecken

Planungsraum: Eider-Sorge-Gebiet 96 800 ha

Planungsraum: Untere Treene	28 400 ha
Planungsraum: Kanalrandgebiet	<u>45 000 ha</u> <u>170 200 ha</u>
	411 900 ha

Es ist anzunehmen, daß bei gleichbleibender Finanzierung diese Erschließungsaufgabe in etwa zwei Jahrzehnten wird bewältigt werden können. Über diese regionale Generalplanung hinaus hat sich das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auch damit befaßt, mehr und mehr System in die Beobachtung und Lenkung des Erschließungsgeschehens hineinzubringen. Es sind deshalb mehrjährige Untersuchungen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe im „Programm Nord“, insbesondere über Erfolg und Belastung, angestellt worden. Den Ergebnissen läßt sich entnehmen:

Der gesamte Erschließungsaufwand wird zweckmäßig in drei Investitionsstufen unterschieden:

Investitionsstufe 1 (I. S. 1) enthält die sogenannten *Grundmaßnahmen*. Hierzu zählen die regional oder interessengemeinschaftlich gebundenen Maßnahmen: Wasserwirtschaft, Verkehrserschließung und gemeinschaftliche Maßnahmen der Flurbereinigung.

Investitionsstufe 2 (I. S. 2) werden die *Entfaltungsinvestitionen* genannt, durch die die Grundmaßnahmen erst wirksam werden. Hierzu gehören die grundstücksgebundenen Maßnahmen (Bodenverbesserungen) und die betriebsgebundenen Maßnahmen, wie Aufstockung des lebenden und toten Inventars und der Gebäude. Diese Stufe enthält nur die dringenden Sofortmaßnahmen. Das gilt vor allem für die Aufstockung des toten Inventars. Im Hinblick auf die in naher Zukunft notwendig werdende weitere Rationalisierung der Betriebe mußte außerdem die

Investitionsstufe 3 (I. S. 3), die *technische Neuordnung*, noch in das Gesamterschließungskonzept mit einbezogen werden.

Von der öffentlichen Hand werden nur die Grundmaßnahmen und Teile der Entfaltungsinvestitionen, nämlich die grundstücksgebundenen Maßnahmen und die Sanierung der Stall- und Wirtschaftsgebäude, finanziert. Wollen wir Vorstellungen über den volkswirtschaftlichen Effekt des mit öffentlicher Hilfe finanzierten Erschließungsaufwandes gewinnen, so stellen wir zweckmäßig die Erschließungskosten der Steigerung des bereinigten Rohertrages gegenüber:

Erschließungskosten und Rohertragssteigerung in DM/ha LN

Landschaftsraum	Erschließungskosten	Steigerung des bereinigten Rohertrages	% der Erschließungskosten
Geest	2 700	364	13
Marsch	5 200	336	6

Gotteskoog	7 800	268	3
F.-W.-Lübke-Koog	33 200	1355	4
<hr/>			
„Programm Nord“			
Gesamtdurchschnitt	4 300	374	9

Erläuternd sei hierzu bemerkt, daß die Erschließungskosten als bereinigte Werte angegeben sind; es sind z. B. Positionen wie Bau von Durchgangsstraßen oder Förderung des Gewerbes, welche die Landwirtschaft nicht oder kaum berühren, abgezogen, die anteiligen Kosten dagegen für die Hochwasserentlastung Bongsiel hinzugerechnet. Man könnte aus dieser Tabelle, die den unterschiedlichen Erschließungsaufwand in den einzelnen Landschaftsräumen anschaulich wiedergibt, herauslesen, daß sich der Erschließungsaufwand für das gesamte „Programm Nord“ volkswirtschaftlich in zwölf Jahren bezahlt macht.

Dr. Isenberg, Bonn, hat differenzierte Methoden für Erfolgsberechnungen entwickelt. Bei Anwendung seiner Gedankengänge für das „Programm Nord“ ließen sich folgende Werte errechnen:

Erfolgskennziffern des „Programm Nord“

Landschaftsraum	Erfolgskennziffer 1 Ertragssteigerung in dz GW/ha	Erfolgskennziffer 2: Ertragssteigerung in dz GW/je 1000 DM Erschließungskosten	Erfolgskennziffer 3 Ersparnis an Arbeitskräften je 1000 dz GW
Geest	9,8	3,6	2,8
Marsch	9,1	1,8	1,7
Gotteskoog	7,2	0,9	2,2
F.-W.-Lübke-Koog	36,6	1,1	—
Gesamtdurchschnitt	10,1	2,3	—

Wir sehen aus dieser Übersicht, daß in der Erfolgskennziffer 1 z. B. der Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog erwartungsgemäß weitaus am besten abschneidet, die hohen Erschließungskosten drücken jedoch die Erfolgskennziffer 2 für den Koog erheblich herab. Relativ günstig sind diese Daten für den Landschaftsraum Geest. Die Ersparnis an Arbeitskräften (Erfolgskennziffer 3) ist relativ, sie ergibt sich aus dem Ertragszuwachs. Die veranschlagte Ertragssteigerung von 10,1 dz GW/ha für das gesamte „Programm Nord“ zeigt, daß die Schätzungen des Jahres 1953, in denen ein durchschnittlicher Ertragszuwachs von 8 dz GW/ha angenommen wurde, noch übertroffen worden sind.

Man muß sich aber darüber klar sein, daß diese Erfolge nachhaltig nur eintreten werden, wenn sämtliche drei Investitionsstufen in vollem Umfange zum Zuge kommen. Das bedeutet, daß über den von der öffentlichen Hand finanzierten

Aufwand hinaus Kosten aufzubringen sind, die den landwirtschaftlichen Betrieben selbst zufallen. Hierüber liegen Unterlagen vor:

Der Erschließungsaufwand für die Investitionsstufen 1, 2 und 3 in DM/ha

Investitionsstufe	Geest	Marsch	Gotteskoog
I. S. 1 Grundmaßnahmen	1 900	4 200	5 900
I. S. 2 Entfaltungsinvestitionen			
a) der öffentlichen Hand	800	1 000	1 900
b) der Betriebe	561	770	487
I. S. 3 Technische Neuordnung	688	573	1 266
Aufwand insgesamt	3 949	6 543	9 553

Die finanzielle Eigenbeteiligung der Landwirtschaft an der Erschließung ist also in Wirklichkeit erheblich höher, als wir gemeinhin annehmen. Daraus resultiert allerdings eine erhebliche Belastung. Auch hierüber haben wir genaue Vorstellungen.

Wir wissen, daß die bereits vor Einsetzen des „Programm Nord“ erhebliche Verschuldung und die Belastungen aus den Investitionsstufen 1 bis 3 die finanzielle Leistungskraft der Betriebe in allen drei Landschaftsräumen — besonders hoch in Marsch und Gotteskoog — überschreiten. Wir bemühen uns deshalb zur Zeit darum, durch Erhöhung des Zuschußanteils an der Gesamtfinanzierung oder durch Verbesserung der Darlehensbedingungen Erleichterung zu verschaffen. Unsere landeskulturelle Generalplanung würde auf halbem Wege stehenbleiben, wenn über die technischen Belange hinaus nicht auch Finanzierung und Belastbarkeit integral empfunden würden.

Auf jeden Fall sind wir davon überzeugt, daß durch diese weitgespannten Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur die Landwirtschaft nicht nur eine kurzfristig wirksame Hilfe erhält, sondern auf ein neues, besseres Fundament gestellt wird – so wie es die heutige Situation und die Zukunft erfordern. Wer durch das „Programm Nord“ fährt und mit Bauern spricht, die den Prozeß der Erschließung schon weitgehend hinter sich haben, wird diese Auffassung bestätigt finden. Was hier entsteht, ist eine lebendige Landschaft.

Was man tun müßte

Gedanken zur gewerblichen
und industriellen Entwicklung in
Schleswig-Holstein

Wer sich beruflich oder besuchsweise im Westen oder Süden der Bundesrepublik aufhält und nicht nur in den Wirtschaftszentren weilt, sondern Gelegenheit hat, sich auch mal seitlich in den Tälern und auf den Höhen umzusehen, wird erstaunt sein, wo überall er kleine und mittlere gewerbliche und industrielle Betriebe findet. Wenn er dann noch Schleswig-Holsteiner ist, kommt in ihm so etwas wie Neid auf, warum das nicht auch in seinem Lande möglich ist.

Da er die Einwände kennt, die er immer wieder zu hören bekommt, wenn das Thema gewerbliche und kleinindustrielle Entwicklung in Schleswig-Holstein erörtert wird, prüft er sogleich an Ort und Stelle (soweit ihm das möglich ist) die näheren Umstände und stellt dann mit Erstaunen fest, daß sie, bevor etwas entstand, oftmals nicht besser oder schlechter waren als in seiner Heimat. Hier fehlte der Gleisanschluß oder die feste Straße, dort taugte das Wasser nicht viel; in dem einen Falle machte die Grundstücksbeschaffung Schwierigkeiten, in dem anderen fehlten noch die Arbeitskräfte. Aber der entschiedene Wille der Verantwortlichen zur gewerblichen und industriellen Entwicklung ihres Gebietes, gepaart mit einer modernen Aufgeschlossenheit solchen Fragen gegenüber, die auch den Mut zum Risiko mit einschließt, ließen sie alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden.

Eine zweite Beobachtung setzt den Reisenden aus Schleswig-Holstein in Erstaunen. Kommt er dort mit Menschen zusammen, die wissen wollen, woher er stammt, und er nennt seinen Wohnort oder sein Land, dann passiert es ihm sehr oft, daß man von dem Lande Schleswig-Holstein wenig oder nichts weiß. Erst müssen geographische Schulkenntnisse beim Frager aufgefrischt werden, bevor er eine ungefähre Ahnung hat, wo denn dieses Land liegt. Wenn der Reisende Glück hat, bricht der Frager nach dieser Aufklärung in den Ruf aus: „Ach so, da hinter Hamburg ist es, wo Sie her sind“, womit er und viele andere zu erkennen geben, daß wir und unser Land wenig im Bewußtsein der übrigen Bundesrepublikaner sind. Hier ist zu fragen, ist es seine alleinige Schuld, daß er so wenig von uns weiß?

Und eine dritte Feststellung gehört hierher: Man trifft in jenen Betrieben sehr viele Fachkräfte, deren Wiege in Schleswig-Holstein stand und die ihre berufliche

Ausbildung beim schleswig-holsteinischen Meister erhalten, ergänzt durch ein vorbildliches Berufsschulwesen, um das uns viele Bundesländer beneiden.

Was ist nun zu tun, um das Mangelhafte unserer Situation, wie sie aus Vorstehendem erkennbar ist, zu beseitigen?

Warum sind in unmöglich erscheinenden Landstrichen und Gebieten neue gewerbliche und kleinindustrielle Betriebe entstanden – und nicht bei uns?

Warum weiß man so wenig von uns und unserem Land und seinen gewerblichen und kleinindustriellen Möglichkeiten?

Warum halten wir die in unsern Handwerksbetrieben und Berufs- und Fachschulen mit großem Kräfte- und Kostenaufwand ausgebildeten Kräfte nicht in unserem Lande?

Als Erstes müßte bei allen, die mitzureden und mitzuentcheiden haben, der entschiedene Wille entfacht werden, Schleswig-Holstein gewerblich und klein- bis mittelindustriell weiterzuentwickeln. Alle, die aus Tradition und konservativer Einstellung heraus (ohne deshalb böswillig zu sein) keine Entwicklung in diesem Sinne wünschen, und das sind nicht wenige, sollten sich von dieser Aufgabe fernhalten. Sie würden nur hindern, aber nicht helfen können, die Aufgabe zu bewältigen.

Ich höre schon den Einwand, man sollte lieber die schon vorhandenen Betriebe stützen, stärken, sanieren oder was sonst notwendig wäre, bevor man daran denkt, neue heranzuholen oder zu fördern. Beides zu tun wird das richtige sein, weil dann auch der Kümmerbetrieb (eine neue Wortbildung eines bekannten Kommerziums) Chancen hat, aufzuleben. Als weiteres wäre erforderlich, das ganze Land Schleswig-Holstein gründlich darauf zu untersuchen, welche Möglichkeiten es zur gewerblichen und industriellen Ansetzung bietet. Diese gewissenhafte, fast wissenschaftlich genaue Untersuchung könnte getrennt nach Landstrichen (etwa Geest, Marsch, Ostküste, Westküste, Norden, Süden) erfolgen. Eine Kommission von Fachleuten, die auch genügend Geld zur Verfügung hat, sollte zur Erfüllung dieser Aufgabe gebildet und angesetzt werden, in der jedes Mitglied nur positiv zu der Aufgabe steht.

Es läßt sich gar nicht alles aufführen, was zu untersuchen wäre, aber einiges sei genannt, um zu erkennen, in welche Richtung der Vorschlag weist:

Für jedes Gebiet müßte beispielsweise untersucht werden, wie ist die Durchschnittswetterlage, die Temperatur, der Feuchtigkeitsgehalt der Luft, die Wasserqualität?

Welcher Zweig des Gewerbes oder der Kleinindustrie eignet sich dafür?

Welche Kapazität hat die Strom-, Wasser- und Gasversorgung?

Wie ist die Beschäftigungslage der Arbeitnehmerschaft, und wie sind ihre Tarifverhältnisse?

Sind auch Frauen und Mädchen vorhanden, die bereit wären, ihnen gemäß und von gewissen Industriezweigen gewünschte Arbeit zu übernehmen? Gerade der Landesteil Schleswig leidet sehr stark darunter, daß ein großer Teil seiner Arbeitnehmerschaft keine Dauerarbeitsplätze hat und im Jahre über eine dreivierteljährliche Beschäftigungszeit nicht hinauskommt und für Frauen (Witwen, mitverdienennüssende Ehefrauen, ledige Frauen) ausreichende Verdienstmöglichkeiten kaum vorhanden sind.

Wie sind die Verkehrsverhältnisse: Eisenbahnanschlüsse, Straßenklassen und -zustand, Wasserwege und Häfen, ihre Größe, Breite und Tiefe?

Was steht an Gelände, Grundstücken, Industriegebäuden zur Verfügung? Welche gewerblichen und industriellen Betriebe liegen schon dort?

Wie hoch sind die kommunalen Steuerzuschläge und zu welchen Erleichterungen und Hilfsstellungen sind die an einer Neuansetzung von Gewerbe und Industrie interessierten Kommunen bereit?

Welche Schularten beherbergen sie oder befinden sich in ihrer Nähe? Welche Religionsgemeinschaften sind am Ort vertreten?

Und so weiter fort. Eine Kommission müßte sich also erstmal darüber verständigen, was sie alles ermitteln will.

Ihr Ergebnis wäre dann, modern aufgemacht und ansprechend gestaltet, in einer Broschüre niederzulegen, die als Visitenkarte des Landes Schleswig-Holstein gelten könnte und die in einer so großen Anzahl zu drucken wäre, daß sie für den kommenden Zweck auch ausreicht. Ihre Tendenz könnte nur sein, für die Ansiedlung gewerblicher und industrieller Betriebe in unserem Lande zu werben. Damit dürfte aber die Aufgabe nicht als erfüllt angesehen werden. Jetzt käme es darauf an, Verbindung mit jenen Industrie- und Wirtschaftskreisen zu finden und aufzunehmen, die infolge der zwingenden Rationalisierung die Produktion teilen, zerlegen, Kleinstfabrikation betreiben, sich ausweiten müssen, aber schon nicht mehr wissen, wohin. Es gibt ferner Betriebe, besonders in der elektro-technischen Geräte-Industrie, denen es an für die Feinarbeit geeigneten weiblichen Arbeitskräften fehlt.

Es gibt Betriebe, die sich unterteilen müssen und ohne Schwierigkeiten räumlich weit entfernte Teilbetriebe errichten. Rohstoff- und Verkehrsferne spielen bei gewissen Viertel- und Halbfabrikationen oder kleinsten Einzelfabrikationen kaum eine Rolle. Es gibt Teilwerke großer Unternehmungen, die einmal wöchentlich

einen Lastwagen voll Rohstoff liefern.

Gelände- und Grundstücksschwierigkeiten, Erreichung der betrieblichen Ausdehnungsgrenze, Erschöpfung der Wasserversorgung, all das sind Gründe der vorhandenen Tendenz, Betriebe oder Teilbetriebe verlagern zu wollen. Was während des Krieges aus Gründen der Weiterführung der kriegswichtigen Produktion geschah, nämlich die Verlagerung, erfolgt heute aus vorstehenden Gründen.

Bei dieser Suche nach geeigneten Plätzen, Räumen, Gebieten sollen wir behilflich sein, kann uns die geforderte Visitenkarte unschätzbare Dienste leisten, werden die aufgenommenen Verbindungen Erfolg haben. Die Lage Schleswig-Holsteins erfordert, daß wir uns anbieten, wenn wir nicht dazu herabsinken wollen, Reservoir ausgebildeter Fachkräfte zu werden, denen ihre Heimat keine Existenzmöglichkeit bietet. Ein Land, das wartet, bis jemand kommt, der etwas sucht, wo er sich niederlassen kann, wird überrundet von aktiveren, die gewerbliche und industrielle Entwicklung auch wirklich wollenden Kräften aus Ländern, denen es ähnlich geht wie uns. Und dann muß die Aufgabe mit demselben Elan angepackt werden, wie manche Städte dahinterher waren, eine Garnison zu bekommen, weil sie sich davon eine Besserung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage versprochen. Was da an Zugeständnissen und Anerbieten gemacht wurde, würde auch ebensogut ausgereicht haben, einen neuen, leistungsfähigen Betrieb oben geschilderter Art zu bekommen.

*

Und noch ein Weiteres würde der Idee der gewerblichen, kleinindustriellen Auf« Schließung und Weiterentwicklung unseres Landes Schleswig-Holstein sehr dienlich sein können: eine Heimvolkshochschule nach dem Muster der früheren Arbeiter« Volkshochschule Harrisleefeld, die 1933 ein so schmachliches Ende fand. Ihr Lehrplan und ihr Arbeitsstil wären geeignet, Kräfte heranwachsen zu lassen, die dieser großen Aufgabe kommender Entwicklungsnotwendigkeit nützlich sein könnten. Es läßt sich nicht bestreiten, daß unsere Heimvolkshochschulen das weite Gebiet der Ökonomie nicht pflegen. In einer solchen Stätte müßten begabte junge Arbeiter, Angestellte, Landarbeiter« und Bauernsöhne, Handwerksgesellen, die mehr als ihren Beruf beherrschen wollen, vertraut gemacht werden mit allen Fragen der Volkswirtschaft, als da sind das Wissen um das Funktionieren einer Volkswirtschaft und ihrer bewegenden Kräfte, die Rolle des Geldes in der Volkswirtschaft, die Entstehung des Preises einer Ware, die Geschichte und die Systeme der Volkswirtschaften, ihre Beziehungen untereinander und miteinander und so weiter. Aber auch eine Behandlung der damit zusammenhängenden Fragen, wie bürgerliches Recht, Arbeitsrecht, Handelsrecht, Gewerbeordnung und was alles in diesem Zusammenhang steht, wäre notwendig. Unser Land braucht Kräfte, die nicht nur gute Fachleute sind, sondern die auch durch ein besseres

Allgemeinwissen Initiative entfalten können und in außerberuflicher Zeit auf allen Ebenen zur Mitarbeit im öffentlichen und in unserem speziellen Fall im wirtschaftlichen Leben bereit sind.

Diese Heimvolkshochschule, von der hier die Rede ist, konnte leider nur einige Jahre ihre segensreiche Tätigkeit entfalten und war auf dem besten Wege, ein echtes Bedürfnis zu befriedigen. Von ihren ehemaligen „Schülern“ ist bekannt, daß sie alle irgendwie und irgendwo im öffentlichen Leben stehen und sich fleißig an der demokratischen Weiterentwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft beteiligen.

Ihre kurze Lebensdauer ist der Grund dafür, daß die Idee einer solchen Schule nicht tiefer in das Bewußtsein aller Verantwortlichen eindrang und bis heute so wenig diskutiert wird. Aber sobald erkannt wird, daß nicht nur eine Lücke im schleswig-holsteinischen Heimvolkshochschulwesen zu schließen ist, sondern auch Kräfte heranzubilden und zu entwickeln sind, die bei der Aufgabenbewältigung im Sinne dieses Artikels gebraucht werden, steht auch zu hoffen, daß Harrisleefeld wiederersteht.

*

Es gehört noch sehr viel mehr dazu, unser Land Schleswig-Holstein gewerblich und industriell weiterzuentwickeln, als bisher dargestellt wurde. Mancher Gedanke muß erst einmal diskutiert, abgewogen und abgeschätzt werden, bevor er formuliert werden kann. Aber eines muß noch erwähnt werden: Die vielerorts festzustellende Selbstisolierung, wie ich sie nennen möchte, muß aufgegeben werden, wenn der Wille zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes gedeihen und die Anstrengungen Erfolg haben sollen. Als Angehöriger einer Vertretungskörperschaft kämpfe ich seit Jahren gegen die Tendenz, nichts mitmachen zu wollen, sich an nichts finanziell beteiligen zu wollen, nichts unterstützen zu wollen, was außerhalb der Kreisgrenzen liegt oder was nicht sofort den Vorteil deutlich erkennen läßt. Dabei steht das, was erwartet wird, in keinem Verhältnis zur Etatsumme. Ein anderes, was auf dem gleichen Gebiet liegt: Ein Einblick in die Position „Wirtschaftsförderung“ der gemeindlichen Haushalte ergäbe für Schleswig-Holstein einen so niedrigen Betrag, daß jeder sofort sagen würde: mit diesem Betrage ist gar nichts anzufangen. Er reicht eben aus, einen kleinen Zuschuß zu einer Industrieausstellung zu geben.

Einige Schlußbemerkungen sind erforderlich. Es wird zugegeben, daß manches überspitzt dargestellt wurde, manches zu schwach bewiesen ist und manches noch fehlt, was sich zu diesem Thema sagen läßt. Worauf es ankommt ist, zu erkennen, daß die gewerbliche und industrielle Weiterentwicklung unseres Landes notwendig ist, daß die Kräfte, die das einsichtsvoll und weit vorausschauend wollen, rührig werden müssen, und daß gerade der Landesteil Schleswig am hungrigsten nach einer solchen Entwicklung ist.

*Auf den ersten sicheren Blick kommt alles an,
das übrige gibt sich.*

GOETHE

Die deutsch-dänische Grenzwasserkommission

Ein Beispiel deutsch-dänischer Zusammenarbeit

Die rechtliche Grundlage

Durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark sind seinerzeit eine Reihe von Fragen politischer, technischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Art entstanden, deren Regelung durch mehrere Einzelabkommen zwischen den beiden beteiligten Staaten in Angriff genommen wurde.

Eines der Probleme war die Regelung der Wasser- und Deichverhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze. Durch Abkommen vom 10. April 1922 haben Deutschland und Dänemark vereinbart, welche Bestimmungen für die Grenzwasserläufe und die mit ihnen in Verbindung stehenden Graben- und Kanalsystem gelten sollen. Es würde im Rahmen dieses Berichts zu weit führen, den Inhalt des aus 56 Artikeln bestehenden Abkommens hier im einzelnen wiederzugeben. Zusammenfassend sei nur folgender Überblick gegeben:

Abschnitt A des Abkommens enthält allgemeine Bestimmungen, insbesondere über den Geltungsbereich des Abkommens und über die Bildung einer Grenzwasserkommission sowie einer Obergrenzwasserkommission.

Abschnitt B enthält Bestimmungen über die Unterhaltung der Grenzwasserläufe. Danach sind Regulative für die unter das Abkommen fallenden Wasserläufe aufzustellen, die im einzelnen regeln, wie der Wasserlauf und die dazugehörigen Anlagen beschaffen sein sollen, wem die Unterhaltung obliegt und wie die Unterhaltungsarbeiten auszuführen sowie zu beaufsichtigen sind. Ferner ist bestimmt, wer für die Ausarbeitung der Regulative und für etwaige Änderungen zuständig ist und welches Verfahren bis zur endgültigen Festlegung der Regulative gilt. Besonders ist darauf hinzuweisen, daß jedem durch das Regulativ Betroffenen die Möglichkeit gegeben ist, durch einen Einspruch die nochmalige Überprüfung seiner Belange zu erzwingen. Bei einer Ablehnung des Einspruchs kann er Berufung an die Grenzwasserkommission einlegen und – unter gewissen Voraussetzungen – durch ein weiteres Rechtsmittel die Entscheidung der Obergrenzwasserkommission herbeiführen. Es ist also in jedem Falle gewährleistet, daß die Rechte des einzelnen Anliegers sorgfältig geprüft werden. Für die allgemeine Unterhaltungspflicht gilt der Grundsatz, daß sie entweder den Uferanliegern allein oder gleichzeitig anderen Eigentümern obliegt, die Nutzen oder Vorteil von dem Vorhandensein und dem guten Zustand der Wasserläufe

haben.

Abschnitt C bestimmt, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Wirkungen die Regulierung eines Wasserlaufs vorgenommen werden kann, d. h. die Herstellung eines neuen Bettes und die Durchführung einer Hochwasserregulierung oder andere über die gewöhnliche Unterhaltung hinausgehende Verbesserungen. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß dann, wenn der regulierte Wasserlauf ein bisher zusammenliegendes Grundstück zerschneidet, die Grenzwasserkommission eine zweckmäßige Umliegung entweder durch Übertragung gegen Entschädigung in Geld oder durch Tausch zu versuchen hat und beim Scheitern einer gütlichen Einigung auch zwangsweise durchsetzen kann. Auch in diesem Verfahren sind dem Betroffenen weitgehende Rechtsbehelfe gegeben. Zum Schutze der Anlieger sind außerdem Bestimmungen erlassen, wonach ein durch die Regulierung Geschädigter Anspruch auf volle Entschädigung hat und wonach ferner mit der Regulierung auch die Herstellung der Einrichtungen verknüpft ist, die zur Sicherung von Grundstücken und Anlagen gegen Gefahren und Nachteile notwendig sind. Zu beachten ist weiter, daß mit der Regulierung der Grenzwasserläufe eine Veränderung der Landesgrenze verbunden sein kann, wenn die Veränderungen von geringer Bedeutung sind und im ganzen eine Fläche von durchschnittlich 4 ha auf den Kilometer nicht überschreiten. Die Regulierungsarbeiten werden öffentlich ausgeschrieben. Die Kosten treffen grundsätzlich alle Grundstückseigentümer, die voraussichtlich Nutzen von der Regulierung haben werden, gleichgültig, ob ihre Grundstücke an den Wasserlauf grenzen oder nicht.

Abschnitt D des Abkommens betrifft die Errichtung neuer und die Änderung bestehender Anlagen. Hier wird klargestellt, daß die Errichtung oder Änderung einer Anlage an einem Grenzwasserlauf in jedem Fall der Genehmigung der Grenzwasserkommission bedarf. Solche im wesentlichen der Be- und Entwässerung dienenden Anlagen werden nur nach einem bestimmten Verfahren und unter bestimmten Voraussetzungen genehmigt, so daß gewährleistet ist, daß nicht der Vorteil eines einzelnen sich - beispielsweise durch Veränderung des Wasserstandes - zum Nachteil vieler anderer Anlieger auswirkt.

Abschnitt E regelt die Benutzung der Wasserläufe. Danach ist die Benutzung des Wassers zum Viehtränken, zur Wäsche und zum gewöhnlichen Hausgebrauch jedermann gestattet, soweit nicht die Grenzwasserkommission den Gemeingebrauch auf Antrag des betr. Landrats (auf deutscher Seite) oder Amtmannes (auf dänischer Seite) anders regelt, ihn beschränkt oder gar verbietet. Die Kommission entscheidet ferner über Entschädigungsansprüche, wenn dem Grenzwasserlauf Abfälle oder schädliche Stoffe zugeführt werden.

Abschnitt F enthält sonstige rechtliche Bestimmungen.

Abschnitt G regelt schließlich die Unterhaltung der Deiche.

Dieser kurze Überblick zeigt, welche mannigfaltigen und verantwortungsvollen Aufgaben der Grenzwasserkommission übertragen sind. Diese Kommission wird jeweils auf sechs Jahre bestimmt und besteht, je nachdem, ob es sich um einen im Kreise Flensburg oder Südtondern liegenden Wasserlauf handelt, aus einem vom Kreisausschuß des Kreises Flensburg oder Südtondern gewählten Mitglied, und je nachdem der Wasserlauf im Amt Tondern oder Apenrade liegt, aus einem vom Amtsrat von Tondern oder Apenrade gewählten Mitglied; ferner aus je einem von der deutschen und der dänischen Regierung ernannten Richter oder höheren Verwaltungsbeamten, dessen Gerichts- oder Verwaltungsbezirk nicht in einem der genannten Grenzkreise oder Ämter liegt. Von letzteren führt, alle drei Jahre abwechselnd, einer den Vorsitz. Zur Zeit ist der Unterzeichnete als Landrat des Kreises Husum Vorsitzender der Kommission.

Die gegenwärtigen Arbeiten

Um sich ein plastisches Bild von der Tätigkeit der Kommission machen zu können, ist es am besten, die derzeitigen Baumaßnahmen zu betrachten. Während des zweiten Weltkrieges fand das Abkommen keine Anwendung. Als nach dem Krieg die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Dänemark übereinkamen, daß das Abkommen – mit unwesentlichen Einschränkungen – mit Wirkung vom 1. Dezember 1953 wieder angewendet werden sollte und die neugebildete Grenzwasserkommission ihre Tätigkeit aufnahm, war ein starker Nachholbedarf für Arbeiten an den Grenzwasserläufen vorhanden. Am vordringlichsten schien eine Regulierung der Grenzwasserläufe Alte Au und Scheidebek.

Die „Alte Au“ beginnt bei Grenzstein 157. Sie fließt in vielen Krümmungen bis zur Einmündung in die „Süderau“ – Grenzstein 191 – in nahezu westlicher Richtung und bildet auf ihrer ganzen Länge von 10 980 m die deutsch-dänische Landesgrenze. Die „Scheidebek“ entspringt im Jardelunder Moor und fließt in vielen Krümmungen ebenfalls in vorwiegend westlicher Richtung. Ihr Mittellauf bildet ab 25 m westlich Grenzstein 124 auf einer Gesamtlänge von etwa 9000 m die deutsch-dänische Landesgrenze. Bei Grenzstein 155 tritt die Scheidebek ganz auf dänisches Gebiet über und mündet schließlich in die Süderau. Der heutige Zustand beider Wasserläufe entspricht nicht mehr den in den Regulativen vom August 1928 angegebenen Abmessungen. So wurden von den Landanliegern seit der offiziellen Grenzziehung Durchstiche und Begradigungen vorgenommen, die behördlicherseits weder vermessen noch anerkannt sind. Durch Auskolkungen, Uferabbrüche und Sandablagerungen wurden die Wasserläufe weiterhin verändert, so daß eine ordnungsmäßige Wasserführung nicht mehr vorhanden und eine ausreichende Entwässerung der anliegenden Ländereien nicht mehr gewährleistet ist.

Den Wünschen und Belangen der Landanlieger entsprechend, hat die dänische Heidegesellschaft in Tondern in Zusammenarbeit mit dem Kreiskulturbauamt in Niebüll zur Beseitigung der geschilderten Mißstände einen Entwurf ausgearbeitet mit dem Ziel, für alle Vorteilsflächen eine ausreichende Entwässerung sicherzustellen und eine Dränung der angrenzenden Gebiete zu ermöglichen. Auf diesem Entwurf aufbauend, ist unter Mitarbeit des Marschenbauamtes in Husum und der Wasserwirtschaftsverwaltung in Kiel sowie der zuständigen dänischen Stellen der endgültige Plan aufgestellt, dessen Verwirklichung die Grenzwasserkommission in ihrer Sitzung am 12. Juli 1957 in Tondern beschlossen hat. Für beide Wasserläufe soll praktisch ein neues, vertieftes Bett geschaffen werden. Die Wasserläufe werden begradigt und dadurch wesentlich verkürzt. Da die Scheidebek in ihrem Unterlauf hinsichtlich ihres baulichen Zustandes für die ordnungsmäßige Wasserabführung nicht ausreichend ist und größere Überflutungen hier nur durch einen weiteren kostspieligen Ausbau verhindert werden können, soll sie durch einen Durchstich von 785 m Länge entlang der deutsch-dänischen Landesgrenze zwischen Grenzstein 155 bis 157 in die Alte Au eingeleitet werden; dadurch wird zugleich die bisher nur durch die Grenzsteine gekennzeichnete Grenze besser markiert. Die Regulierung beider Wasserläufe wird neben der besseren Entwässerung der anliegenden Ländereien durch die Grenzbegradigung mit Hilfe eines beiderseitigen Flächenaustausches endlich weitgehend den Wegfall des bisherigen mißlichen Zustandes mit sich bringen, daß deutsche Landanlieger noch Ackerländereien auf dänischer Seite bzw. dänische Landanlieger solche auf deutscher Seite zu bearbeiten haben.

Die Durchführung der Arbeiten ist so aufgeteilt, daß kostenmäßig etwa eine gleiche Belastung der deutschen und der dänischen Seite eintritt. Ebenso belastet die zukünftige Unterhaltung der Wasserläufe beide Seiten in gleichem Maße. Die auf die deutsche Seite entfallenden Arbeiten sind weitgehend fertiggestellt, und auch auf dänischer Seite ist man bei der Durchführung der geplanten Arbeiten.

Die Grenzwasserkommission hat vor Abschluß der gesamten Maßnahmen noch einige Aufgaben zu bewältigen: Sie hat Sachverständige einzusetzen, die prüfen werden, ob es zweckmäßig und notwendig erscheint, im Zuge der Regulierung Stauwerke für die Sicherstellung der Tränkwasserversorgung zu errichten; sie hat ferner noch über Schadenersatzforderungen, über die Umlegung von Grundstücken, die Einleitung von Nebengräben und ähnliches zu entscheiden und eine genaue Vermessung des Gebiets in die Wege zu leiten.

Zum Abschluß dieses Berichts über die Arbeit und die Aufgaben der deutsch-dänischen Grenzwasserkommission sei die Bemerkung erlaubt, daß hier eine erfreuliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Deutschen und Dänen festzustellen ist. Das Abkommen aus dem Jahre 1922 hat sich auch heute noch als wirksam erwiesen. Es ist gewährleistet, daß keinem der Anlieger an einem der

Grenzwasserläufe Unrecht geschieht. Beide Seiten – Dänen wie Deutsche – ziehen hier an einem Strang und tun zusammen ihr möglichstes zum Wohle der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze.

Die Arbeitsgemeinschaft Europastraße 3

Ein Schritt „auf der Straße nach Europa“

Bei passender und unpassender Gelegenheit wird heute allzugern und allzu leicht die Vokabel Europa pathetisch oder gelassen bemüht. Dabei umreißt sie über den geographischen Begriff hinaus ein politisches Programm von eminenter Bedeutung und sollte davor bewahrt werden, zum rhetorischen Schlagwort degradiert zu werden. Gerade die Menschen an der Grenze haben ein sehr feines Gefühl dafür, wo sich die Geister scheiden, wo ein ernstes Bemühen spürbar ist und wo „europäische Windeier“ gelegt werden. Im Grenzgebiet wägt man nüchtern die politischen und sachlichen Schwierigkeiten und Widerstände, die es zu überwinden gilt. Erste bedeutsame Schritte auf der Straße nach Europa sind getan worden (Montanunion, Gemeinsamer Markt), weitere zaghafte Ansätze sind überall spürbar. Es gilt, sie zu fördern und zur Entfaltung zu bringen.

Unter diesem Gesichtspunkt kann die Bildung der internationalen Arbeitsgemeinschaft Europastraße 3 von einiger Bedeutung sein. Hier wird nicht nur von der dringenden Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit geredet, sondern hier wird sie — auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, also auf einer sehr realen Plattform — praktiziert. Bemerkenswert ist dabei, daß es wieder einmal die unterste Ebene unseres politischen Lebens ist, auf der diese Zusammenarbeit möglich ist und getan wird, während auf den höheren Ebenen noch vielfach Ressentiments und politisches Mißtrauen das Gemeinsame in den Hintergrund drängen. Deutsche und dänische Städte fanden sich zu einer Arbeitsgemeinschaft im eigentlichen Sinne des Wortes zusammen, d. h. sie entsandten ihre Vertreter an einen Tisch, um gemeinsame Probleme zu beraten und praktische Beschlüsse zu fassen. Man wird sich bemühen, im Norden auch die schwedischen Städte an der Europastraße 3 zur Mitarbeit zu gewinnen, und auch auf den anschließenden südlichen Teilstrecken wird man sicher später Interesse für diesen Zusammenschluß wecken können.

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir überschätzen dieses Projekt europäischer Zusammenarbeit keineswegs. Es ist nur ein ganz kleiner, kaum wahrnehmbarer Schritt „auf der Straße nach Europa“, der hier getan wird. Aber es ist doch ein praktischer Ansatz, der bereits Schule gemacht hat und hoffentlich weitere Nachahmer finden wird. Und wie wollen wir das große Ziel je erreichen, wenn wir nicht die kleinen und kleinsten ernsthaften Bemühungen fördern und weiterentwickeln? Ein gutes Fundament setzt sich aus vielen Steinen zusammen.

Was ist das nun eigentlich: die Europastraße 3? Da hat ein UNO-Ausschuß im Hinblick auf die europäische Integration ein Netz von durchgehenden europäischen Hauptverkehrsstraßen festgelegt, das 1950 im Genfer Abkommen seinen Niederschlag fand. Elf dieser Europastraßen berühren Deutschland. Die wichtigste ist zweifellos die Europastraße 3, die in Lissabon beginnt, durch Portugal, Spanien, Frankreich, Belgien und die Niederlande führt, in Deutschland die Städte Oberhausen, Hamm, Bielefeld, Hannover, Hamburg, Neumünster, Rendsburg, Schleswig und Flensburg berührt, um dann über die jütische Halbinsel bis Frederikshavn zu verlaufen, die Fährverbindung nach Göteborg einschließt und dann in Stockholm endet. Das ist wahrhaftig eine wichtige internationale Verkehrsverbindung!

Der erste Anstoß zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft ging von den vier schleswig-holsteinischen Städten an der E 3 – Flensburg, Schleswig, Rendsburg und Neumünster – aus. Bald schloß sich Bad Bramstedt an. Der aktuelle Anlaß zu diesem Zusammenschluß war zunächst der schlechte Zustand des schleswig-holsteinischen Teilstücks der E3 zwischen Kupfermühle und Hamburg. Während der Verkehr auf dieser Strecke von Jahr zu Jahr außerordentlich anstieg, stand der dringend notwendige Ausbau dieser Straße in keinem Verhältnis zu ihrer wachsenden Bedeutung. Diese Tatsache, die sich u. a. in der rapide steigenden Zahl der Verkehrsunfälle ausdrückte, rief die fünf Städte zu gemeinsamer Aktion auf den Plan. Da es sich hier um eine Bundesstraße handelt, konnte diese Aktion natürlich nur in einem sehr dringlichen Appell an die zuständigen Stellen bestehen, den Ausbau der Straße zu forcieren. Man gab eine Denkschrift heraus, die sehr starke Beachtung fand und auf der einen Seite die starke Bedeutung und Belastung dieser Hauptverkehrsader unseres Landes und auf der anderen Seite den völlig unzureichenden Zustand der Straße mit eindrucksvollem statistischem Material darlegte. Fünf Funktionen der Europastraße 3 in Schleswig-Holstein wurden herausgearbeitet: 1. als europäische Durchgangsstraße und Landbrücke zwischen der Bundesrepublik und den nordischen Staaten, 2. als Zubringerstraße zum Seehafen und Luftkreuz Hamburg, 3. als Auffangstraße des Küstenverkehrs an Nord- und Ostsee, 4. als Mittelachse des schleswig-holsteinischen Verkehrs und 5. als Hauptader der Wirtschaft unseres Landes. Der Bau eines Kanaltunnels bei Rendsburg, so wurde angeführt, sei auf die Dauer nur sinnvoll, wenn der Ausbau der gesamten Strecke zwischen Flensburg und Hamburg so schnell wie möglich in Angriff genommen werde. Wenn aus eigenen Haushaltsmitteln die notwendigen Gelder nicht fristgerecht bereitgestellt werden könnten, dann sollte der Versuch unternommen werden, auf dem Wege von Auslandsanleihen die Finanzierung sicherzustellen. Die Bedeutung der Durchgangsstraße von Flensburg nach Hamburg für das gesamte skandinavische Straßentransportwesen sowie für die jütische Wirtschaft, so meinte die

Arbeitsgemeinschaft, lasse diesen Schritt gerechtfertigt erscheinen.

Die Denkschrift fand ein vielfältiges Echo. Die Ratsversammlungen der Mitgliedsstädte unterstrichen in Resolutionen die in der Denkschrift erhobenen Forderungen. Andere Städte unseres Landes, die nicht an der E 3 liegen, meldeten aus der Furcht heraus, verkehrsmäßig ins Hintertreffen zu geraten, ihre Straßenbauwünsche an. Es kam zu einer Art „Konkurrenzstreit“, der bedauerlicherweise z. T. in sehr scharfer und unsachlicher Form geführt wurde. Im Westen unseres Landes folgte man dem Beispiel der Arbeitsgemeinschaft E 3 und kam zu einem ähnlichen Städtezusammenschluß unter der Firmierung „Westküste“, der später auch dänische Städte einbezog. Man machte darauf aufmerksam, daß mehr als zehn Prozent des gesamten deutsch-dänischen Straßenverkehrs über die Westküstenstraße laufe und sogar fast zwanzig Prozent des Güterfernverkehrs. Auch in Ostholstein nahm man die Propagierung der Europastraße 3 nicht gerade freundlich auf und wies auf den nicht unbedeutenden Grenzverkehr über die Fährverbindung Großenbrode-Gedser, die die kürzeste Verbindung nach Kopenhagen darstellt, und auf die Pläne zur Verwirklichung der Vogelfluglinie über Fehmarn hin.

Dazu einige wenige Vergleichszahlen. Der deutsch-dänische Grenzverkehr betrug auf der Europastraße 3 beim Grenzübergang Kupfermühle/Krusau 1952 rund 2 Mill. Personen und 200 000 Kraftfahrzeuge und stieg im Jahre 1956 auf 3,5 Mill. Personen und 573 000 Kraftfahrzeuge an. In diesem Jahre werden mehr als 600 000 Kraftfahrzeuge die Grenze bei Kupfermühle überfahren. Auf der Vogelfluglinie Großenbrode-Gedser wurden 1956 = 951 000 Personen und 96 000 Kraftfahrzeuge befördert. Das bedeutete einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um rund vier Prozent. Die Europastraße 3 beförderte also im vergangenen Jahr etwa die dreieinhalbfache Personenzahl und die fünffache Kraftfahrzeugzahl der Vogelfluglinie.

Die Arbeitsgemeinschaft Europastraße 3 nahm inzwischen Verbindung mit den dänischen Städten auf, die auf der jütischen Halbinsel an der E 3 liegen, und bei einer großen Tagung im Februar 1957 in Flensburg traten Hadersleben, Apenrade, Kolding, Vejle, Horsens, Aarhus, Randers, Aalborg und Frederikshavn offiziell der Arbeitsgemeinschaft bei. Esbjerg und Odense an der wichtigsten jütischen Querverbindung mit den Fährverbindungen nach Kopenhagen und England wurden als Fördererstädte aufgenommen, später auch Hirtshals mit der wichtigsten Fährverbindung nach Norwegen. Man gab gemeinsam einen Fremdenverkehrsprospekt in Form einer Logbuchkarte heraus, der sehr wirkungsvoll den Verlauf der Europastraße zwischen Hamburg und Frederikshavn aufzeigt und kurze „Porträts“ der Mitgliedsstädte enthält.

Je mehr sich die Pläne für den Ausbau der Vogelfluglinie konkretisierten, um so stärker wurde natürlich die Frontstellung der Arbeitsgemeinschaft gegen dieses

Projekt. Es zeichnet sich die große Gefahr für die gesamte cimbrische Halbinsel ab, daß nach großzügigem Ausbau der Vogelfluglinie ein nicht unerheblicher Teil des internationalen Verkehrsstroms im Süden des Landes, praktisch bereits in Hamburg, ostwärts auf die Linie Fehmarn-Falster abgeleitet wird und damit die cimbrischen Städte in einen „toten Winkel“ geraten. Diese Gefahr ist insbesondere gegeben, wenn sich die Europastraße 3 und auch die Westküsten- und Ostküstenstraßen in einem Zustand befinden, der eine ernsthafte Konkurrenz gegen eine moderne Straße auf der Vogelfluglinie nicht zuläßt. Man hat höheren Orts immer wieder die Notwendigkeit anerkannt, den verkehrsfernen und von den Wirtschaftszentren abgelegenen Landesteil Schleswig wirtschaftlich zu fördern. Der Bau der Vogelfluglinie ohne vorherigen und *gleichrangigen* Ausbau der Europastraße 3 würde zwangsläufig zu einer Drosselung des Verkehrs auf der schleswig-holsteinischen Hauptverkehrsader und damit zu einer weiteren verhängnisvollen wirtschaftlichen Benachteiligung des gesamten Ausstrahlungsgebietes zwischen Nord- und Ostsee führen.

Die letzte Tagung der Arbeitsgemeinschaft E 3 im Oktober in Vejle fand denn auch in Blickrichtung auf die Vogelfluglinie statt. Entschieden wandte man sich gegen eine Entwicklung, „die darauf abzielt, der Europastraße 3 zugunsten anderer Verkehrswege (sprich Vogelfluglinie) eine zweitrangige Bedeutung zuzuschreiben“. Soweit die Bemühungen um einen Ausbau der Vogelfluglinie lediglich eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Dänemark und Deutschland zum Ziele haben, würden sie durchaus gebilligt, denn man sei der Meinung, daß alle Bestrebungen, die den Gesamtverkehr zwischen der Bundesrepublik und den skandinavischen Ländern fördern und damit zur Überwindung der engen Staatsgrenzen beitragen, eine Unterstützung verdiene. „Wir können uns aber nicht einverstanden erklären mit der immer deutlicher zutage tretenden Politik, die Europastraße 3 und die Vogelfluglinie in ihrer Bedeutung und Notwendigkeit gleichzusetzen und den Ausbau dieser beiden Verkehrswege mit dem Ziel der gleichzeitigen Fertigstellung aufeinander abzustimmen. Eine solche Handhabung ist angesichts der Verschiedenartigkeit beider Projekte unangebracht. Sie führt in ihrem Endergebnis zu einer ungerechten Behandlung der Europastraße 3.“ Der gesamte Verkehr zwischen Nordjütland und Norwegen bzw. Schweden, der innerdänische Verkehr westlich des Großen Belts, auf der jütischen Halbinsel und auf Fünen sowie der starke Verkehrsstrom, der über den Großen Belt in die dänische Reichsstraße 10 nach Norden oder Süden einmündet, sei für die Europastraße 3 (und zu einem kleineren Teil für die Westküstenstraße) zu verbuchen, während die Vogelfluglinie praktisch nur für das Gebiet östlich des Großen Belts, also für die östlichen dänischen Inseln und für Süd- und Ostschweden, von Bedeutung sei. Diese Relation zwischen beiden Projekten müsse eindeutig dazu führen, daß zunächst einmal alle Mittel und Möglichkeiten

konzentriert werden, die Europastraße 3 als Hauptschlagader des internationalen Verkehrs den modernen Erfordernissen anzupassen. Dabei ist zu bedenken, daß die finanzielle Größenordnung beider Projekte in keinem Verhältnis zueinander steht. Als deutscher Beitrag für den Bau der Vogelfluglinie sind etwa 200 Millionen DM notwendig, während der Ausbau der E 3 vermutlich mit ca. 50 Millionen DM zu bewerkstelligen wäre.

Nach den letzten Äußerungen aus Bonn und Kopenhagen wird der Ausbau der Vogelfluglinie auf alle Fälle in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden. Der Ausbauplan der E 3 wurde nach Pressemeldungen aus Bonn ebenfalls in die „erste Dringlichkeitsstufe“ aufgenommen, und mit der Verwirklichung des so lange diskutierten Rendsburger Kanaltunnel-Projekts ist kürzlich begonnen worden.

In den letzten Jahren ging der Ausbau der E 3 nur im Zeitlupentempo vor sich. Südlich Flensburg schaffte man jährlich etwa 2 km. Ministerpräsident von Hassel wies darauf hin, daß die Straßenbauarbeiten an der E 3 bei diesem Zwei-Kilometer-Rhythmus nicht vor dem Jahre 1990 abgeschlossen sein würden. Es ist jedoch unschwer zu errechnen, daß bei weiterhin ansteigender Motorisierung schon in wenigen Jahren selbst das in den letzten Jahren ausgebaute Straßenstück Flensburg-Oeversee den Verkehrserfordernissen nicht mehr gewachsen sein wird.

Wir kommen zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurück. Es gibt zahllose Probleme, die über Staatsgrenzen hinausgreifen – große und kleine. Es ist nur sinnvoll, wenn man sich, wie hier in der Arbeitsgemeinschaft E 3, auf internationaler Basis zusammenfindet, um sie gemeinsam zu lösen oder doch um gemeinsam zu agieren. Daß es hier gemeinsame wirtschaftliche Interessen sind, die es zu vertreten gilt, tut dem Ideal europäischer Gemeinschaft keinen Abbruch. Im Gegenteil, es schafft reale Grundlagen, deren wir bedürfen.

Die Aufgabe des Ochsenweges übernahm die Europastraße 3:

„Nur noch an wenigen Stellen erkennt man die ursprüngliche Form dieses cimbrischen Weges, der manche Verästelung zeigt. Hühnengräber, Kirchen, Gehöfte waren Richtpunkte. Demjenigen, der seinen Spuren folgt, offenbart sich bildhaft der Gang der Geschichte.“

Der Gemeinsame Markt

Sein Für und Wider aus dänischer Sicht

Seitdem die Länder der Montanunion die Schaffung eines „Gemeinsamen Marktes“ beschlossen haben, ist in Dänemark die Aussprache über die Wahlen in Südschleswig verstummt. Es geht nicht mehr nur um die Zukunft der Minderheit in Südschleswig, sondern um die Dänemarks überhaupt.

Der wichtigste Erwerbszweig Dänemarks ist die Landwirtschaft, und das Gleichgewicht des Sozialhaushalts ist nur gesichert, wenn der Überschuß an landwirtschaftlichen Produkten im Auslande zu guten Preisen abgesetzt werden kann. Wir lesen im „Nordschleswiger“, daß England vor dem letzten Kriege 70% der Ausfuhr abnahm, 1956 aber nur 46%, daß 1938 nur 19% in den Ländern der Montanunion untergebracht werden konnten, 1956 aber 35%, und das Verhältnis scheint auf dieser Linie sich weiterzuentwickeln. Kein Wunder, daß in Dänemark Bedenken aufkommen, was geschehen wird, wenn der „Gemeinsame Markt“ Zollsätze einführt, durch die die dänischen Waren ausgesperrt werden. „Wir wüssen uns der Montanunion anschließen, ehe es zu spät ist“, sagen darum die einen. Die andereen aber gruselt's. Sie fürchten die Nähe Deutschlands und dessen Übergewicht in der Union und sehen sich nach anderen Möglichkeiten um. Da ist zunächst der Gedanke einer nordischen Zollunion, die gerade in diesen Tagen nach zweieinhalbjähriger Arbeit konkrete Pläne veröffentlicht hat. Da sollen zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark die Zölle für fast alle ausgetauschten Waren zwischen den drei Staaten fallen, freilich für die aus der Landwirtschaft nicht. Das ist eine bittere Enttäuschung. Mit niemandem würde Dänemark lieber zusammengehen als mit den Brüdern im Norden.

Es bleibt zum andern die von England vorgeschlagene Freihandelszone, die um Kleineuropa sich herumlegen soll und außer England etwa Länder einbegreifen wird wie Spanien, Österreich und die Schweiz. Wieweit aber in dieser Zone die Agrarprodukte einen freien Handel haben werden, steht noch ganz und gar offen. England muß auf die Dominions und auf seine eigenen Bauern Rücksicht nehmen, und die anderen Partner werden den Absatz Dänemarks nicht aufnehmen können. So bleibt nur der Weg in die Montanunion. Schweren Herzens wird man den Brüdern im Norden und dem Vetter im Westen wirtschaftlich den Rücken kehren. Viele fürchten, daß es um mehr geht als um die wirtschaftliche Sicherheit.

Vor der Tür liegt Deutschland, und die Ressentiments gegenüber dem Nachbarn im Süden liegen so tief, daß sie bei vielen auch durch rationelle Überlegungen

nicht zu beruhigen sind. Man fürchtet nicht nur das wirtschaftliche und zahlenmäßige Übergewicht der Bundesrepublik, sondern auch die Freizügigkeit des Kapitals und der Arbeitskräfte und bangt um die Erhaltung des sozialen Niveaus und der volklichen Eigenart. Der Anschluß an Mitteleuropa würde den Abschluß einer mehr als tausendjährigen Entwicklung bedeuten und den Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte des dänischen Volks.

So sagen die warnenden Stimmen. Die andern freilich meinen: Dänemark ist innerlich stark genug, sich in der Nachbarschaft der andern zu halten. Es wird nicht nur seine Art bewahren, sondern sie auf andere Räume ausbreiten können, wie es schon in früheren Zeiten geschehen ist. Auch seine Stellung in Südschleswig dürfte dadurch eine weitere Sicherung erfahren.

Indes haben einige Unternehmungen schon ihren Fuß auf die andere Seite gesetzt, um auf jeden Fall dabei zu sein. „Danfoss“, die Fabrik elektrostatischer Geräte auf Alsen, hat sich in Flensburg ein Grundstück gesichert und beginnt demnächst den Bau einer Filiale dort; die Kühlmachinesfabrik in Aarhus ebenfalls. Der Markt der 160 Millionen ist zu verlockend, als daß man auf ihn verzichten kann.

Wir erinnern an das Beispiel der Schweiz, wo seit fünfhundert Jahren Deutsche, Franzosen und Italiener nebeneinander wohnen, ohne daß sie in Zahl und Art dadurch beeinträchtigt wurden, und ohne daß das Übergewicht der Deutschen den andern gefährlich wurde. Weder an ihrer Nationalität noch in ihrer Religion oder in ihrem Bekenntnis haben sie durch das Beieinandersein Schaden genommen.

Auch in einem geeinten Europa werden die Völker ihre Seelen bewahren können.

Wo fliegen des Nordens Schwäne hin?

Der nordische Gedanke
und die europäischen Einigungsbestrebungen

Welchen Sinn haben nordische Perspektiven, wenn die Länder des Nordens wie eine Schar wilder Schwäne auseinandergesprengt werden und jedes von einer anderen Ecke der zerrissenen Welt sich angezogen fühlt? Wer die Geschichte des Nordens bis in unsere Tage verfolgt hat, weiß, daß jedes seinen Weg geht. Schweden hat aus vielen Gründen die Neutralitätspolitik gewählt, vor allen Dingen wohl, um die Hand seines alten Schicksalsgenossen Finnland nicht zu verlieren. Norwegen stemmt seinen Rücken gegen das Kjölengebirge und starrt auf den Atlantik hinaus und auf Großbritannien, daß die Gemeinschaft mit dem Norden einem fast wie die Freiheitssehnsucht eines Gefangenen vorkommt.

Und Dänemark? Ach ja, Dänemark ist ja landfest an Europa gebunden. Dänemark steht nicht nur in ideologischer Schicksalsgemeinschaft mit den nord- und westeuropäischen Demokratien, sondern hat auch eine Landgrenze, die es niet- und nagelfest mit dem europäischen Kontinent verbindet. Und südlich dieser Landgrenze liegt Südschleswig, dem es durch Bande sich verbunden fühlt, die stärker sind als die des Blutes.

Wenn man die politische Haltung der nordischen Völker nach 1940 beurteilen soll, muß man sagen, daß sie den nordischen Mittelpunkt eher gemieden als gesucht haben. Das alte Weltbild hat sich geändert. Der „Eiserne Vorhang“ durch Europa und das Atomzeitalter haben es zerschlagen. Westeuropa kann nicht bestehen, ohne sich zu vereinigen, und zusammen machen die westeuropäischen Länder eine Welt aus, die mehr Einwohner zählt als die USA oder die Sowjetunion, und in ihrer Industrie und ihrer Landwirtschaft sind sie reichlich so weit entwickelt wie die. In ihrer heutigen Aufspaltung aber sind sie nur Randstaaten eines ungeheuren, von der Sowjetunion beherrschten Gebiets von Asien und Europa.

Zudem hat ihre Aufspaltung eine durch Drosselungen und Zuschüsse verkrüppelte Nahrungsmittelproduktion und zahlreiche andere produktionsmäßige Unzuträglichkeiten im Gefolge gehabt.

Die Lage Westeuropas fordert eindringlich die Sammlung aller seiner Kräfte, sowohl politisch wie wirtschaftlich, und diese Forderung ist so eindringlich, daß alte Feinde wie Deutschland und Frankreich zusammen mit Italien, Holland, Belgien und Luxemburg im Begriff sind, eine Union miteinander einzugehen, die – wie es heißt – „unaufhörlich immer enger werden soll“. Es ist das, was wir heute

den „Gemeinsamen Markt“ nennen, was aber in Wirklichkeit den Keim zu den Vereinigten Staaten von Europa darstellt.

Man überlege, wie groß dieser Gedanke sein muß, der französische und deutsche Staatsmänner dazu bringt, Brücken über eine so lange und so blutige Kriegsgeschichte zu schlagen wie 1870-71, 1914-18 und 1939-45, und sie sagen läßt: „Laßt uns unsere Siege feiern und um unsere Niederlagen trauern, aber laßt weder die Freuden noch die Sorgen der Vergangenheit uns daran hindern, unseren Kindern eine Zukunft in einer freien Welt zu sichern.“

Welchen Weg soll Dänemark nun gehen?

Jahrhunderte hindurch standen wir neben Schweden und Norwegen. Sogar die mit ihnen geführten Kriege entsprangen dem Wunsch, uns in einem Reich zu sammeln. Es lag allezeit tief in unserem Streben, Teil des Nordens zu sein. Aber - und das ist die große Frage dieser Tage – kann der Norden sich zusammenfinden, und wenn er kann, kann der Norden dann sich selber genug sein?

Würde in diesen Tagen ein Zusammenschluß, wie vollkommen er auch sein würde, alle unsere Probleme lösen können? Laßt uns offen darüber reden, nicht nur auf Ministerebene, sondern volklich. Was wird aus der nordischen Zollunion? Und glaubt man, daß sie das für Dänemark absolut entscheidende Problem lösen wird: einen Absatzmarkt für unsere Landwirtschaftsprodukte zu finden? Im nordischen Gemeinschaftsmarkt sollen sie ja von den Vorteilen der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. In der losen englischen Skizzierung der Freihandelszone werden sie – auf jeden Fall bis heute noch – mit Rücksicht auf die überseeischen Lande des englischen Empires – ausgeschlossen. Nur in dem „Gemeinsamen Markt“ Westeuropas scheint eine Grundlage vorhanden zu sein für den dänischen Haupterwerbszweig.

Laßt uns einmal Schweden fragen und Norwegen um Rat angehen: Was meint ihr, was wir tun können und sollen? Werdet ihr mit uns hineingehen in die Vereinigten Staaten von Europa? Oder gebt ihr uns einen anderen Rat? Warum liegt – so werde ich versucht zu sagen – „gemeinsames nordisches Schweigen“ über allen diesen Fragen? Laßt uns doch die Aussprache in Gang bringen über diese Dinge. Wenn unsere Wege auseinandergehen sollen, so soll es wenigstens in Freundschaft und gegenseitigem Verstehen geschehen.

Sollen wir zusammenbleiben – trotz der den Mittelpunkt fliehenden Kräfte, die jeden von uns einen anderen Weg ziehen wollen –, dann ist Eile geboten, daß wir uns über die Grundlagen unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens klar werden. Aber wir müssen unsere Gemeinschaft auf die Zukunft einrichten. Wenige Monate noch, dann ist für uns Dänen die Stunde der Entscheidung gekommen. Inzwischen müssen wir wissen, wohin wir Länder des Nordens uns wenden wollen.

Gibt es ein „Programm Süd“ in Nordschleswig?

Probleme der Landeskultur
und Wirtschaftsförderung in Nordschleswig

Es wäre eine außerordentlich reizvolle Aufgabe, das Programm Nord südlich der Grenze mit der dänischen Landeskultur in Nordschleswig seit 1920 zu vergleichen. Ein solcher Vergleich würde sicherlich für beide Teile nützlich sein und für die weitere Fortführung der Arbeiten Anregungen vermitteln können.

Über das Programm Nord liegen schon Veröffentlichungen vor, in denen der Gesamtzusammenhang der landeskulturellen Maßnahmen im Grenzgebiet dargestellt wird. Das Ziel ist die Ausschöpfung aller in der Landschaft vorhandenen Produktionsmöglichkeiten, der Weg ist der einer planmäßigen Zusammenfassung aller Einzelmaßnahmen, um auf diese Weise den höchstmöglichen Nutzen zu erreichen. Leider liegen über die landeskulturellen Maßnahmen Dänemarks in Nordschleswig keine zusammenfassenden und erschöpfenden Darstellungen vor, so daß man darauf angewiesen ist, sich das erforderliche Material aus der Darlegung von Einzelproblemen, aus Geschäfts- und Tätigkeitsberichten, aus Broschüren und ähnlichem Material zusammenzusuchen. Besonders schwierig ist es, Quellen nachzuweisen für denjenigen Leser, der die dänische Sprache nicht beherrscht.

Einige Unterlagen über die Zeit um 1920 herum vermittelt die Arbeit von Dr. Ernst Hackemann über die Entwicklung der Landwirtschaft in Nordschleswig seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts, die in der Hamburger Schriftenreihe zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 1928 in Carl Hinstorffs Verlag in Rostock erschienen ist.

An dänischen Quellen verweise ich u. a. auf folgende Publikationen:

1. *Kulturelle forhold i Sønderjylland 1920—42*, redigiert von Jacob Petersen, Apenrade, herausgegeben von der Tageszeitung „Dannevirke“ und Sprogforeningen 1943 aus Anlaß des 70jährigen Geburtstages des Amtsschulkonsulenten Nicolai Svendsen. Die Festschrift enthält einen sehr instruktiven Beitrag des Leiters des Kontors des dänischen Bodengesetzausschusses in Tondern, Thorkil Claudi-Westh, über neue nordschleswigsche Bauernstellen. Claudi-Westh gibt hier einen Überblick über die Entwicklung der dänischen Siedlungspolitik von 1920 bis Anfang der vierziger Jahre und befaßt sich dabei insbesondere auch mit dem Problem der

Landbeschaffung. Er schildert, wie zunächst nach 1920 die Möglichkeit vorhanden war, größere geschlossene Siedlungsvorhaben durchzuführen, während die Siedlungstätigkeit sich dann später mehr in Einzelvorhaben auflöste, wo es sich darum handelte, hier und dort in die bestehende landwirtschaftliche Struktur neue Höfe einzufügen. Der Zusammenhang der Siedlungstätigkeit mit der Flurbereinigung tritt stark hervor.

2. *Beretning afgivet af det sønderjydske erhvervsudvalg 1928—1929*, gedruckt bei J. H. Schultz, Kopenhagen. Hier handelt es sich um den Bericht eines Ausschusses, der unter dem Eindruck der Landwirtschaftskrise und der in Nordschleswig besonders schwierigen Verhältnisse am 3. Mai 1928 von der Regierung eingesetzt worden war, um die Probleme in Nordschleswig besonders zu untersuchen und Vorschläge für eine Förderung der Wirtschaft des Grenzlandes zu machen. Dem Ausschuß, der sich unter dem Vorsitz des Stiftamtmanes von Ripen konstituierte, gehörten Vertreter von Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk, Fischerei und der Arbeiterschaft an sowie vier Mitglieder der größten Parteien des Reichstages.

Der Ausschuß führte seine Arbeiten u. a. durch in der Form von Vergleichen mit der Entwicklung in den nördlich der Königsau belegenen jütischen Ämtern, wobei selbstverständlich berücksichtigt werden mußte, daß der Ausgangspunkt für die nordschleswigsche Wirtschaft 1920 ein anderer war. Hier in Nordschleswig trat die Aufgabe in den Vordergrund, die Folgen der Kriegszeit zu überwinden und gleichzeitig eine Umstellung auf die dänische Wirtschaftsstruktur vorzunehmen. Das erforderte eine verstärkte Aufnahme der Veredelungsproduktion in der Landwirtschaft; die Gräserwirtschaft mußte zugunsten der Bacon- und Butterproduktion weitgehend aufgegeben werden. Die Umstellung wiederum löste einen starken Kapitalbedarf aus. Die Hauptschwierigkeiten in Nordschleswig sah die Kommission in der schlechten Bodenbesitzverteilung, in der mangelhaften Entwässerung und Bemergelung sowie in den schlechten Wirtschaftswegen, durch welche eine intensive Wirtschaftsform in der Landwirtschaft erschwert wurde. Die Areale in den Ämtern Apenrade und Tondern, bei denen eine Flurbereinigung als erforderlich angesehen wurde, schätzte die Kommission auf 15 000 bis 20 000 ha.

Veranlaßt durch das Gutachten der Kommission, stellte der dänische Reichstag durch ein Gesetz vom 1. Juni 1929 zehn Millionen Kronen zur Verfügung, um in den dünnbevölkerten Gegenden Nordschleswigs Ländereien aufzukaufen mit dem Ziel der Errichtung neuer Bauernstellen sowie für Bodenverbesserungsarbeiten und Wegeanlagen auf den aufgekauften Flächen. Die Administration dieses Gesetzes wurde dem dänischen Bodengesetzausschuß übertragen, der als das zentrale Siedlungsorgan in Dänemark bezeichnet werden kann und eine spezielle Dienststelle für die Durchführung der Aufgaben in Nordschleswig in Tondern

erhielt. 1936 wurden dann weitere zehn Millionen Kronen zur Verfügung gestellt, und auch später sind gesetzliche Bestimmungen erlassen und Bewilligungen ausgesprochen worden, um die Arbeit in Nordschleswig zu erleichtern und zu fördern.

3. *Dansk virke i Sønderjylland 1920—1955*, redigiert von Kai Edvard Larsen, Verlag von „Dybbølposten“, Sonderburg, 1955.

4. *Planlægning i Sønderjylland*, redigiert von Gunnar Wiene, herausgegeben von Jydsk byplanråd i samarbejde med Sønderjyllands erhvervsråd 1956.

Beide Veröffentlichungen enthalten eine Fülle von Material über die bisherigen wirtschaftspolitischen Förderungsmaßnahmen für Nordschleswig oder, um Professor Troels Fink, Aarhus, zu zitieren, über „das abgeschlossene Kapitel der ökonomischen Wiedervereinigung zwischen dem wiedergewonnenen und dem alten Land“. Gleichzeitig wird aber in beiden Publikationen sehr stark unterstrichen, daß auch weiterhin besondere Aufgaben in Nordschleswig zu erfüllen sind, die über die allgemeine Gesetzgebung hinaus weitere Maßnahmen notwendig machen können.

Der Ausgangspunkt der Siedlungstätigkeit in Nordschleswig wurde nach 1920 darin gesehen, daß die durchschnittliche Betriebsgröße in Nordschleswig über der im alten Land lag. Sie war 1925 in Nordschleswig etwa 23 ha gegen 15,6 ha in dem übrigen Dänemark, und man rechnete aus, daß es bei einer Herabsetzung der landwirtschaftlichen Betriebsgröße in Nordschleswig auf den Landesdurchschnitt möglich sein müsse, etwa 4000 neue selbständige Ackernahrungen in Nordschleswig zu schaffen. Dieses Ziel ist zwar noch nicht erreicht, aber man veranschlagt die Anzahl der errichteten Häuslerstellen mit 2500 bis 2800 heute sicherlich nicht zu hoch.

Die dänischen Sachverständigen sind sich darüber einig, daß es wirtschaftlich zweckmäßig ist, alle Faktoren, die mit der Landeskultur zu tun haben, in ihrer Arbeit aufeinander abzustimmen. Die Probleme der Entwässerung, der Regulierung von Wasserläufen, der Drainage und der Kultivierung sind Aufgaben, die grundsätzlich von den Grundeigentümern aufgegriffen werden müssen und die dann von dem Staat unterstützt werden.

Die Flurbereinigung erfordert ebenfalls eine Initiative der Beteiligten und löst dann die Arbeit von besonderen Flurbereinigungskommissionen, deren Zuständigkeit durch den Gesetzgeber geregelt ist, aus.

Die Siedlung erfolgt durch den Bodengesetzausschuß des Staates unter Ausnutzung der in der Hand des Staates befindlichen Areale, sie kann aber auch durch private Initiative auf Land, das von privater Hand zur Verfügung gestellt wird, unter Inanspruchnahme staatlicher Kredite durchgeführt werden.

Der Wegebau erfolgt auf Grund kommunaler Initiative unter Ausnutzung der geltenden Gesetze über die Bezuschussung dieser Arbeiten.

Hieraus geht hervor, daß ein großer Teil der Initiative von dem Kreis der Beteiligten selber ausgehen muß und daß es im übrigen darauf ankommt, eine enge Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Organen, den kommunalen Behörden und der lokalen Bevölkerung herzustellen.

*

Bei den Versuchen, die Wirtschaft des Grenzlandes stärker zu fördern, haben sich in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg die Probleme an der Westküste stärker in den Vordergrund geschoben. Als große Maßnahme aus den zwanziger Jahren ist die Entwässerung der Tonderner Marsch zu nennen. Aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg stammt der Bau des Dammes nach Röm. Heute dreht es sich darum, die Schlußfolgerungen aus diesen beiden Großmaßnahmen zu ziehen, d. h. die Frage, wie die Bewirtschaftung der Marsch nach der durchgeführten Entwässerung weiter intensiviert werden kann, und die Frage, welche Möglichkeiten sich aus dem Dammbau für die Landgewinnung ergeben, drängen sich jetzt zur Lösung auf. 1953 wurde ein Ausschuß vom Landwirtschaftsministerium eingesetzt, um die Probleme der Westküste besonders zu untersuchen. Unter der Leitung von Professor Niels Nielsen, Kopenhagen, wurde 1953 eine umfassende Forschungsarbeit in Angriff genommen. Das Ziel ist, durch die vorzunehmenden Watt- und Marschuntersuchungen die Grundlagen für eine zukünftige Planung zu erreichen und damit Fehlinvestitionen zu vermeiden. Es liegen jetzt Projekte für Landgewinnungsmaßnahmen vor im Küstenbereich vor Reisby, im Gebiet von Ballum — Römer Damm —, Aastrup und für das Gebiet von Emmerleff bis zur Reichsgrenze. In diesem letzteren Gebiet ist eine Abstimmung mit den deutschen Maßnahmen nördlich des Hindenburgdammes erforderlich.

Im gesamten Gebiet der Tonderner Marsch sind Bohrungen vorgenommen worden u. a. mit dem Ziel der Ermittlung von Süßwasservorkommen und der Prüfung der Untergrundbedingungen für die Anlage von Erschließungswegen. Außerdem hat man umfassende Erhebungen angestellt über die Eigentumsverhältnisse, die gerade in der Südwestecke Nordschleswigs recht buntschichtig sind. Unterschieden wird hier zwischen privatem Land und Land der öffentlichen Hand, zwischen Land im Eigentum von Marschbewohnern, von Bewohnern der angrenzenden Geest, von Bewohnern der Städte und Orte Tondern, Hoyer und Mögeltondern sowie zwischen Land im Eigentum von Personen aus dem übrigen Dänemark und aus dem Ausland. Auch diese Untersuchungen wünscht man für die weitere Planung dieses Gebietes mit zu verwerten.

Darüber hinaus machen die Experten, die sich mit den Wirtschaftsproblemen in Nordschleswig beschäftigen, aber geltend, daß eine Förderung der Landwirtschaft nicht ausreichend, und daß es auf dem Wege über die Siedlung allein nicht

möglich ist, die Bevölkerung im Grenzlande festzuhalten. Die allgemeine Tendenz in der Bevölkerungsentwicklung geht ja dahin, daß die ausgesprochenen Landgebiete ihren Bevölkerungsüberschuß an die Städte und insbesondere auch an den Großraum Kopenhagen abgeben. Da aber die Industrialisierung, vielleicht abgesehen von Sonderburg, in Nordschleswig relativ noch sehr gering ist, wird hier von einer Benachteiligung des Grenzlandes gesprochen. In dem Zeitraum von 1935 bis 1950 haben die Landbezirke etwa 15 000 Personen abgegeben, von denen die nordschleswigschen Städte aber nur 4000 aufgenommen haben — über den Zuwachs hinaus, der ihrem eigenen Geburtenüberschuß entspräche. Das bedeutet also, daß der Landesteil 11 000 Personen seines Geburtenüberschusses an andere Teile des Landes abgegeben hat. Auf diesem Hintergrund bemüht man sich nun aus gemeinschaftsfördernden und — wie auch gelegentlich betont wird — aus nationalen Gründen darum, für die Errichtung neuer Betriebe in Nordschleswig zu werben, die in der Lage wären, einen Teil des Geburtenüberschusses hier im Lande festzuhalten und das Grenzgebiet auch für Unternehmer und Arbeiter aus dem übrigen Land attraktiver zu machen.

Im Jahre 1950 wurde unter der Leitung des Direktors der Überlandzentrale von Apenrade, Jes Christiansen, von den Ämtern und Stadtgemeinden Nordschleswigs ein Wirtschaftsrat für Nordschleswig, „Sønderjyllands Erhvervsraad“, errichtet, der 1951 ein Sekretariat in Apenrade erhielt.

Der Wirtschaftsrat hat sich zwei Aufgaben gestellt, eine nach innen und die andere nach außen. Nach innen hin bemüht er sich darum, die Initiative der einheimischen Bevölkerung auf wirtschaftlichem Gebiet anzuregen, nach außen hin versucht er die Regierung, die Zentraladministration und die großen Wirtschaftsorganisationen auf die in Nordschleswig vorhandenen Möglichkeiten hinzuweisen. Man tritt der Auffassung, daß Nordschleswig „ein unruhiges Grenzgebiet“ sei, mit „nüchternem Aufklärungsmaterial“ entgegen.

Die Gebiete, auf denen nach Auffassung des Wirtschaftsrates noch Möglichkeiten in Nordschleswig vorhanden sein sollten, werden in vier Hauptgruppen eingeteilt:

1. Verstärkte Siedlung, Flurbereinigung und Kultivierung.
2. Verstärkte Ausnutzung der Rohstoffe, die sich im Landesteil befinden.
3. Ausweitung der Herstellung von Waren, die im Landesteil gebraucht werden.
4. Ausdehnung der Herstellung von Waren zum Export in das Ausland und in die übrigen Teile des Landes.

Bei den Rohstoffen denkt man zunächst an die Grundprodukte der Landwirtschaft, darüber hinaus auch z. B. an Raseneisenerz, an Stroh und an Fische, die alle irgendwie die Grundlage gewerblicher Betriebe bilden können.

Der Wirtschaftsausschuß weist als besonderen Vorzug Nordschleswigs auf das vorzügliche Wegenetz des Landes hin und darauf, daß heute überall Kraftstrom

zur Verfügung steht. Man meint daher, daß die Standortfrage heute zum Teil anders beantwortet werden kann als früher und daß es möglich sein sollte, Betriebe in die Gebiete hineinzulegen, wo noch Arbeitskraftreserven vorhanden sein sollten, statt diese Arbeiter zu veranlassen, zu den Betrieben hin zu wandern. Im übrigen hofft man, daß das Grenzland im Zuge der Zunahme des europäischen Verkehrs und der Wirtschaftsverflechtung seinen Charakter als peripherisches Gebiet verlieren und Möglichkeiten für eine verstärkte Produktion erhalten könnte.

Wahlen – Zahlen – Konsequenzen

Anmerkungen zu den Wahlen

Wir haben bereits in Heft 2 dieses Jahrgangs auf die Wahlen zum dänischen Folketing und zum deutschen Bundestag hingewiesen. Am 14. Mai wählte man in Dänemark, und die deutsche Volksgruppe konnte sich mit 9 202 Stimmen einen Vertreter in Kopenhagen sichern. Am 15. September wählte man in der Bundesrepublik, die dänische Volksgruppe erhielt 32 262 Stimmen, die aber für die Erlangung eines Mandats nicht ausreichten.

*

Die Herbergsstaaten hatten wohlwollend den Volksgruppen Möglichkeiten gegeben, zu einem günstigen Wahlerfolg zu kommen: Deutschland hatte schon vor längerer Zeit für die dänische Volksgruppe die sogenannte Fünfprozentklausel aufgehoben, und im Hinblick auf die deutsche Volksgruppe hat Nordschleswig in so viele Wahlkreise aufgeteilt, daß es den Parteien dort – nicht nur der deutschen – möglich wurde, mit etwa 9000 Stimmen einen Parlamentsvertreter zu bekommen. In Dänemark spricht man trotzdem von einer ungleichmäßigen Behandlung der Minderheiten und verweist darauf, daß für einen deutschen Abgeordneten in Kopenhagen 9000 Stimmen genügen, während 32 000 für einen dänischen in Bonn nicht ausreichen.

Man kann aber auch anders rechnen: Bei einer Bevölkerungszahl von annähernd 4 Millionen sichert man sich in Dänemark mit 9000 Stimmen einen Abgeordneten, bei einer Bevölkerung von etwa 50 000 000 in der Bundesrepublik wären bei gleichem Verhältnis rund 110 000 Stimmen erforderlich. Die der Minderheit gewährte Vergünstigung mindert diese Zahl indes ungefähr um die Hälfte.

Es ist aber ein unangebrachtes und unglückliches Unterfangen, nationale Angelegenheiten mit dem Rechenstift lösen zu wollen. Es handelt sich hier um Dinge, die eine nicht meßbare Bedeutung für die seelische Struktur eines Volkes haben und in arithmetischen Verhältnissen nicht ausgedrückt werden können. Einmal wird diese Bedeutung bestimmt durch die aus der Sonderlage der Minderheit wachsenden Kräfte selber, zum anderen durch den aus deren Muttervolk über die Minderheit herüberfließenden Strom anderen Volkstums und zum dritten durch die für das Herbergsvolk daraus sich ergebenden Aufgaben.

Es ist schon oft auf diese Funktionen der Minderheit, die man auf ganz konkrete Dinge beziehen kann, hingewiesen worden. Wenn man aber von deren Bedeutung überzeugt ist, wird man die Auswirkungsmöglichkeiten der Minderheiten nicht

nach ihrem zahlenmäßigen Bestand beschneiden oder offenlassen, sondern erwägen, wie man ihre Lebensmöglichkeiten und ihr Verhältnis zum Herbergsstaat und -volk am fruchtbarsten ordnet.

*

Als während des Krieges die deutsche Minderheit sich an den Wahlen zum Folketing nicht beteiligen konnte, einigte man sich – wohl nicht ohne Druck von deutscher Seite – dahin, daß sie einen ständigen Vertreter nach Kopenhagen entsandte, der bei der Regierung Anregungen und Wünsche vortragen konnte.

Als die dänische Minderheit 1954 infolge der damals noch geltenden Fünfprozentklausel keinen Abgeordneten für den Schleswig-Holsteinischen Landtag durchbrachte, hat man nach den Erklärungen von Bonn und Kopenhagen einen Grenzpolitischen Ausschuß gebildet, in den die Minderheit zwei Vertreter entsendet.

In Dänemark haben diese Formen keine Gegenliebe gefunden. Man hat dort andere Möglichkeiten erörtert:

1. Man könnte der Minderheit den sogenannten Berlinstatus verleihen, d.h. ihr Abgeordnete zubilligen, die im Parlament kein Stimmrecht hätten, aber vor dessen Forum bei allen sie betreffenden Gelegenheiten ihre Stimme erheben könnten.
2. Man könnte durch Verbindung mit anderen politischen Parteien versuchen, die Interessen der Minderheit zu wahren, evtl. sogar mit deren Hilfe selbst im Parlament vertreten sein. (Solche Möglichkeit würde bei der SPD vielleicht am leichtesten ein offenes Ohr finden.)

Wir wissen, daß es in der Schweiz und in Belgien keine nationalen Parteien gibt, sondern daß die Angelegenheiten der Volkstumspflege innerhalb der Parteien vor der Besprechung im Parlament ihre Erledigung finden.

Für das Folketing und für den Schleswig-Holsteinischen Landtag werden solche Erwägungen vorerst nicht nötig sein. Wie die Zukunft sich aber entwickeln wird, wissen wir nicht.

*

Im Jahre 1953 brachte die deutsche Minderheit in *Nordschleswig* bei der Wahl zum Folketing 9700 Stimmen auf. 1957 waren es 9202. Man hatte einen Anstieg auf etwa 10 000 erwartet.

In den Jahren 1953, 1954 und 1955 wurden in *Südschleswig* jedesmal reichlich 40 000 Stimmen für die dänische Liste aufgebracht. Nach den hektischen Zahlen der Nachkriegszeit sprach man schon von einer gesunden Stabilisierung der dänischen Minderheit und hoffte, für 1957 vielleicht einen kleinen Anstieg verbuchen zu können. Statt dessen fiel die Zahl um rund 10 000 auf 32 262.

Diese Zahlen geben zu denken. Aus der Entwicklung der beiden Minderheiten nach 1920 seien einige weitere als besonders merkwürdig herausgehoben:

Die deutsche Minderheit in Nordschleswig brachte an Stimmen auf:

1920	rund	7 500	1950	rund	7 000
1926	rund	10 400	1953	rund	9 700
1935	rund	12 600	1957	rund	9 200
1939	rund	15 000			

Die dänische Minderheit in Südschleswig brachte an Stimmen auf:

1920	rund	4 700	1947	rund	99 500
1924	rund	6 400	1950	rund	72 000
1932	rund	1 500	1951	rund	66 000
1933	rund	4 500	1953	rund	44 600
			1955	rund	42 100
			1957	rund	32 300

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Minderheiten weithin von äußeren Verhältnissen abhängig ist und nur bis zu einem gewissen Grade von ihrer charakterlichen Struktur bestimmt wird. Der feste Kern der deutschen Minderheit wog in der Zeit vor 1933 etwa 10 000 Stimmen, der der dänischen etwa 5 000.

*

Das Ergebnis der letzten Wahl scheint nun anzudeuten, daß dieser feste Kern der deutschen Minderheit langsam zu schmelzen beginnt. Bei der dänischen in Südschleswig, die nach 1945 bis zur Unkenntlichkeit sich aufschwemmte, ist die Entwicklung unübersichtlich und noch nicht bis zum Kern vorgedrungen. Man darf annehmen, daß um den eisernen Bestand von früher sich Schichten gelagert haben, die ihn nicht nur in der Zahl, sondern auch in seiner Solidität verstärkten. Aber ohne Zweifel wird die Entwicklung auch hier den gleichen Weg gehen, und zwar um so schneller, je weniger Hemmungen ihnen in den Weg gelegt werden. Es ist nun nicht uninteressant, festzustellen, daß beide Minderheiten den Stimmenverlust in erster Linie durch Abwanderung der Jugend erklären. Die deutsche Minderheit spürt den Sog der Hauptstadt Kopenhagen, die dänische den des Industriegebiets. Beide sind sich aber darüber klar, daß dies allein den Schwund nicht erklärt, sondern sie klagen, daß die Bereitschaft zum Tragen der Unannehmlichkeiten und Nachteile wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art im Abnehmen begriffen ist. Das Bekenntnis zur Minderheit fordert Mut zum Einzelgang und Stolz auf Sonderart. Das Nationale hat aber in der Willens- und Gefühlswelt von heute nicht mehr das Gewicht wie in der Vorkriegszeit. Die Menschen werden in ihrer politischen Haltung von Zweckeinstellungen bestimmt, die in jedem Jahre anders gerichtet sein können. Das Nationalgefühl ist heute weder unbedingter Antrieb noch wirksame Hemmung bei den politischen,

wirtschaftlichen oder gar kulturellen Entscheidungen des einzelnen. Wir kennen Angehörige der dänischen Organisationen, die deutschen Abgeordneten ihre Stimme gegeben haben, und einige Hundert Deutsche, die man immer noch zur deutschen Minderheit rechnen darf, wählten nicht den Kandidaten der deutschen Gruppe. „Die Existenzmöglichkeiten der in Deutschland wohnenden Dänen werden in Bonn entschieden und die der Deutschen Dänemarks in Kopenhagen“, so ungefähr äußerte sich die „Flensburger Presse“ vor der letzten Wahl, und sie scheint nicht wenig Beachtung gefunden zu haben.

*

So ebnet sich der Graben zwischen Herbergsvolk und Minderheit allmählich ein. Wir dürfen uns froh sein, wenn wir daran denken, daß damit auch der unfruchtbare Streit der Nationalitäten, die Aufspaltung der Dörfer und Familien in deutsch und dänisch bei uns zu Ende geht und man in den Wahlwochen mit seinem Nachbarn ohne Angst und Bangen zusammensitzen kann.

Und doch würde es eine Verarmung des Grenzlandes bedeuten, wenn einmal die politische und die Volkstumsgrenze zusammenfallen würden. Die Mittler zwischen den Völkern würden ausscheiden. Der Tropfen ändert das Blut, der durch die Minderheit in den Kreislauf des Volks hineingeht und Anregung und Belebung bringt, würde ausbleiben und das Leben des Volks um eine Nuance ärmer machen.

Von diesem Gesichtspunkte aus wird man auf beiden Seiten, ehe es zu spät ist, von einer Duldung der Minderheit zu ihrer fürsorglichen Pflege sich entschließen müssen. In erster Linie ist aber die Erhaltung der Volksgruppen Angelegenheit der Volksgruppen selber. Darum dürfen wir uns freuen, daß beide Minderheiten nach Überwindung des ersten Schocks und der ersten Enttäuschung sich auf neue Maßnahmen zur Erhaltung ihres Bestandes besinnen. Auf beiden Seiten scheint man zu wissen, daß man einer Entwicklung gegenübersteht, die nur durch bewußten Widerstand aufgehalten werden kann. Südlich wie nördlich der Grenze tauchen Fragen auf, ob es richtig war, die Arbeit unter allgemein-bürgerliche Gesichtspunkte zu stellen, oder ob man sich auf die eigensten Interessen nationaler Art beschränken soll. Die Herbergsstaaten aber sagen sich, daß eine Absage an das staatsbürgerliche Mitempfinden einer Verengung der Volksgruppe zur Sekte gleichkommen würde und eine starke Minderung der zwischenvölklichen Mittelstellung und auch eine gewisse Reserve der Staaten ihnen gegenüber zur Folge haben müßte. Es bleibt nur das andere übrig: bei einem positiven Verhältnis zum Staat den Willen zur Selbsterhaltung nicht aufzugeben.

Dies vorausgesetzt, überlegt man sich, was zur Erhaltung des Bestandes noch mehr getan werden kann als bisher.

Auf deutscher Seite ist man überzeugt, daß die Mißhandlung der Minderheit durch die rückwirkenden Strafgesetze nach 1945 einerseits dazu beigetragen hat, den

Kern der Volksgruppe zu härten, andererseits für viele eine so schwere Prüfung bedeutete, daß sie nicht bestanden wurde. Viele wurden mutlos und gaben auf. Man darf aber hoffen, daß mit dem Abstand der Zeit und mit der wachsenden Bereitschaft der Völker zur gegenseitigen Duldung und zur Beseitigung verfehlter Maßnahmen die Hemmungen überwunden werden und die Zurückhaltenden sich wieder anschließen. Die nationale Einzelseelsorge wird dabei ernster betrieben werden müssen als bisher.

Die dänische Minderheit in Südschleswig wird dieselben Überlegungen anstellen. Aber auf die Zeit nach 1945 gesehen, kann es sich hier nicht um einen Appell an die nationale Tradition handeln, sondern um die Festigung eines Entschlusses, der in einer Katastrophe gefaßt wurde und mit dem Abstand der Zeit seinen ursächlichen Grund im Bewußtsein verliert.

Auf jeden Fall aber wird die kommende Zeit zu einer Gesundung der Minderheiten führen und damit auch zu einer Gesundung nicht nur des Verhältnisses zum Herbergsstaat, sondern auch zum Herbergsvolk.

*

Nach vorliegenden Statistiken darf man annehmen, daß etwa 54 % der Gesamtbevölkerung unseres Gebiets zur Wahl gehen. Im Jahre 1939 entfielen auf die Liste der deutschen Minderheit in Nordschleswig ca. 15 000 Stimmen, die höchste Zahl, die sie bisher erreichte. Das bedeutet, daß man die damals zur Minderheit sich rechnende Bevölkerung auf rund 28 000 veranschlagen darf.

Anders : In Schleswig-Holstein waren 1945 etwa 15 % der Bevölkerung volksschulpflichtig. Ob das Verhältnis in Nordschleswig anders war, kann ich im Augenblick nicht feststellen. Mit einiger Berechtigung darf man aber annehmen, daß es dort höchstens 14 % gewesen sind. Am 1. Mai 1945 wurden die deutschen Schulen in Nordschleswig von rund 4000 Kindern besucht, die vielleicht nicht alle volksschulpflichtig waren. Mit 14% angesetzt, ergibt das wieder eine Minderheiten stärke von 28 000. So können wir sagen, daß Schulbesuch und Bekenntnismut sich in gesundem Gleichgewicht befanden.

Die Verhältnisse nach 1945 entbehren südlich wie nördlich der Grenze der Stabilität, die für solche Berechnungen oder Schätzungen vorausgesetzt werden muß. Trotzdem sind sie nicht uninteressant.

Die deutschen Schulen in Nordschleswig werden zur Zeit von etwas weniger als 1200 Kindern besucht. 14 % zugrunde gelegt, das ergäbe eine Minderheitenstärke von rund 8500 Männern, Frauen und Kindern. Wenn wir aber die für Wahlbeteiligung, wieder 54 %, zugrunde legen, hätten wir nur 4590 Stimmen gehabt. Es wurden aber für die deutsche Liste ca. 7200 abgegeben. Wenn wir wiederum diese 7200 mit 54 % zugrunde legen, wäre der Bestand der deutschen Minderheit, auf ungefähr 13 300 zusammengeschmolzen. Mit 14 % nun auf die Schule bezogen, würde man in den deutschen Schulen reichlich 1750 Kinder

zählen müssen. Danach besuchen mehr als 500 Kinder der sich heute zur deutschen Minderheit bekennenden Bevölkerung gegenwärtig noch dänische Schulen.

Für die dänische Minderheit in Südschleswig sind ähnliche Berechnungen noch verfrüht. Aber dennoch: Die Zahl der volksschulpflichtigen Kinder mag heute etwa 5200 betragen. Legen wir hier wieder den für Schleswig-Holstein geltenden Satz von 15 % zugrunde, müßte die Minderheit in ihrer Gesamtheit auf 78 000 kommen. Bei der Bundestagswahl entfielen auf ihre Liste reichlich 32 000 Stimmen. Demnach dürfte, 54 % gerechnet, ihre Stärke nur 59 000 betragen. Noch krasser tritt die Diskrepanz zwischen Wähler- und Schülerzahlen zutage, wenn wir nur die der Grundschule zum Vergleich heranziehen. Da zählte man am 1. Mai 1957 rund 2100 Schüler. Man darf mit einigem Recht jeden Jahrgang der Grundschule auf 2 % der Bevölkerung ansetzen, für die gesamte Grundschule also 8 %. Die dänische Minderheit käme demnach zur Zeit auf eine Stärke von 26 250.

Es sei noch einmal betont, daß solchen Berechnungen exakte Gültigkeit nicht beigemessen werden kann. Vielleicht regen sie aber zum Nachdenken an. Auf jeden Fall zeigen aber die Zahlen, daß das politische Erdbeben nach 1945 noch nicht ausgerollt ist.

*

Auf dem „Deutschen Tag“ in Hadersleben wurde kürzlich die Frage eingehend erörtert, ob der Bestand der Minderheit von der Zahl der Wählerstimmen abhängig ist. Sie wurde in der Beantwortung, ohne daß man es wollte, umgemodelt zu der Frage, ob die Aufstellung einer eigenen Liste bei den politischen Wahlen für den Bestand der Minderheit notwendig sei oder nicht. Der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger erklärte unmißverständlich, daß ein Verzicht auf solche Beteiligung einer Sterilisierung der Minderheit gleichkomme und nicht zu verantworten sei.

Wir erinnern uns, daß die dänische Minderheit bei der letzten Wahl vor der gleichen Frage stand und wahrscheinlich aus der gleichen Einstellung sich entschloß, einen Kandidaten aufzustellen, der dann freilich die erforderliche Stimmenzahl nicht erreichte. Es ist fraglich, ob die erlebte Enttäuschung nicht größere Nachteile zur Folge hatte und haben wird als ein Verzicht auf Beteiligung an der Wahl.

Die Aufstellung einer Wahlliste für die Minderheit bedeutet einen Appell an das nationale Gewissen ihrer Mitglieder. Man kann Wahlenthaltung üben, und jedermann weiß dann, daß man sich unbeteiligt fühlt. Man kann zur Wahlurne gehen, und niemand weiß, wer gewählt wurde. Die Aufforderung zur Teilnahme an der Wahl bedeutet freilich jedesmal Aufrüttelung zur Entscheidung. Sie fordert Überlegung, ob etwas richtig ist oder falsch, Besinnung, ob etwas recht ist oder unrecht, und Entschluß zu dem einen oder zum andern. Darum ist die Wahl ein

Erziehungsmittel, auf das eine Gruppe nicht leicht verzichten wird. Aber sie läßt keinen gültigen Schluß auf die Zahl der Anhänger zu.

Als Bekenntnis zur Minderheit ist unbedingt aber die Anmeldung der Kinder zur Minderheitenschule zu werten und bedingt die Teilnahme an den Kultur- und anderen Minderheitenveranstaltungen, die deutlich nationales Gepräge tragen.

Das Beispiel anderer Minderheiten zeigt, daß sie nicht daran sterben, daß sie nicht als Partei im Parlament vertreten sind. Sie sterben, wenn der Glaube an die sittlichen und geistigen Kräfte ihres Volkes schwindet. So ist es Sache des Volkes selber, ob sich ihre Minderheiten im Auslande halten werden oder nicht.

„Zahlen beweisen, sagt Benzenberg“
(1777-1846)

Die Zeit im Spiegel der Literatur

Ein Rückblick auf ein Jahrzehnt

Eine notwendige Bemerkung

Ab und an sind in den vergangenen Jahren in dieser Zeitschrift auch einzelne Buchbesprechungen veröffentlicht worden, ohne daß indessen der Literatur als solcher bisher ein eigener ständiger Platz eingeräumt wurde. Da nun aber seit Beginn die allgemeine Arbeit des Grenzfriedensbundes von starken kulturellen Impulsen mit ganz besonderer Prägung getragen war, erscheint es am Abschluß des fünften Jahrganges angemessen, wenn ein Rückblick auf die literarischen Ereignisse nicht nur des letzten Jahrfünfts, sondern des vergangenen Jahrzehnts, als einer Periode des „Inventurmachens“ auch im geistigen Bereich, gehalten wird. Denn die Tätigkeit des Grenzfriedensbundes ist recht eigentlich unter dem Aspekt des *Neuen in der Welt und in der Heimat* zu verstehen.

Es ist modern, heutzutage etwas kulturpessimistisch zu sein. Der Literatur gegenüber verhält man sich insbesondere vornehm zurückhaltend; man will sich nicht gern etwas vergeben, indem man eine Leistung, wenn sie vorhanden ist auch anerkennt. Es wirkt daher erfrischend, zu lesen, was ein namhafter Kritiker der Gegenwart (Karl Korn) schrieb, als ein ebenso namhafter Autor der Gegenwart, nämlich Heinrich Böll, sein irisches Tagebuch veröffentlichte. Korn schrieb: „Seit wir dieses Buch gelesen haben, ist uns wieder klar, daß die Literatur trotz Kino und Toto, trotz Ideologien, trotz Klüngeln und Meinungsstatistik, trotz Serien und Bestsellerrummel eine, die eine entscheidende Chance hat: den Menschen zu packen, ihn um und um zu wenden, ihn neu zu machen.“ Wenn die Literatur als solche den Menschen zu packen versteht, dann steht es um den Geist nicht so schlecht, wie es oft scheint. Und daß sie nach wie vor zu packen versteht, weiß der, der sich offenen Sinnes ihr naht.

Freilich, es gilt in der reißenden Flut der Druckerzeugnisse — bald werden vielleicht 20 000 Titel jährlich neu erscheinen, womit nicht gesagt zu sein braucht, daß der Geist sich vermehrt in der Welt —, es gilt, dieser Flut zu entrinnen, einen festen Platz am Ufer des Stromes zu beziehen und von da aus die Kraft und den Weg dieser Erscheinung zu messen. Leider ist es so, daß Bücher heute nicht immer nur deswegen geschrieben werden, weil sie *geschrieben werden müssen*, sondern weil die Rotationsmaschinen, *ihrem* Gesetz folgend, laufen müssen. So entstehen dann Bücher, aber es entsteht keine Literatur. Was gab es nun an wesentlichen Ereignissen im Felde der wirklichen Literatur in den vergangenen

zehn Jahren?

Prosa, Lyrik

Beginnen wir mit der Feststellung, daß die Gesellschaftsform des Lebens, in der noch die heute Fünfzigjährigen aufgewachsen sind, zerstört wurde oder sich in dauernder Wandlung befindet. Der jüngeren Generation fehlen die Voraussetzungen, um manche Romane aus der Zeit der Jahrhundertwende in ihrer inneren Anlage zu verstehen. Der Mensch steht hilflos vor dem Auflösungsprozeß vieler Ordnungen, so daß wir einerseits unter diesem Aspekt die Sublimierung des Lebens etwa in den Romanen von Musil, Hesse und Mann verstehen, andererseits die religiös geprägte Dichtung unserer Tage erleben — den evangelischen Albrecht Goes oder den katholischen Heinrich Böll, daß wir mancherlei unserem Formempfinden fremde Experimente feststellen, z. B. Kasacks „Die Stadt hinter dem Strom“, um dann schließlich eine „Konsolidierung“ auch in der Prosa zu erleben. Auf Adrian Leverkühn folgte Felix Krull, es folgten die Romane der Ärzte, Diplomaten und anderer Stände. Als eines der bleibenden Zeugnisse der deutschen Literatur, echt in seinem menschlichen Gehalt, frappierend in seiner neuen Form, wird die Prosa Wolfgang Borcherts stehen bleiben. Gottfried Benn, Marie Luise Kaschnitz, Wilhelm Lehmann, Friedrich Ernst Peters gestalteten in der gebundenen Sprache die Erfahrungen unseres Geschlechts.

Dichtung und Wahrheit

Es erschienen viele Biographien. Manche von ihnen atmen sowohl den Reiz des Intimen und Persönlichen, enthalten aber zugleich Elemente jener über das Ich in das Allgemeine wirkenden Kraft, in welcher Vereinigung seit eh und je das Wesen der bedeutenden Biographie erblickt werden muß. Stefan Zweigs „Die Welt von gestern“, uns in Deutschland erst 1947 bekanntgeworden, ist ein grandioses Beispiel großer Literatur. Es steht in diesem Buch ein Satz, der in seiner Verdichtung mehr aussagt als tausend Erklärungen zur Situation unserer Tage. Er spricht von seinen Vorfahren und rührt damit an das Allgemeinschicksal unserer Generation: „Sie lebten jeder ihr Leben in der Eiform. Ein einziges Leben von Anfang bis zum Ende, ein Leben mit kleinen Spannungen, unmerklichen Übergängen; im gleichen Rhythmus, gemächlich und still, trug sie die Welle der Zeit von der Wiege bis zum Grabe. Sie lebten im selben Land, in derselben Stadt und fast immer sogar im selben Haus. Was außen in der Welt geschah, ereignete sich eigentlich nur in der Zeitung und pochte nicht an ihre Zimmertür. Irgend ein Krieg geschah wohl irgendwo in ihren Tagen; und er spielte sich weit an der Grenze ab, nach einem halben Jahr war er verloschen, vergessen, ein dürres Blatt Geschichte, und es begann wieder das alte, dasselbe Leben. Wir aber lebten alles

ohne Wiederkehr, nichts blieb vom Früheren, nichts kam zurück.“ Andere Bücher, Zeugnisse bedeutender Lebensinhalte, die uns so zu berühren vermögen, sind „Deutsche und antike Welt“ von Ludwig Curtius, „Aufbruch und Begegnung“ von Victor Gollancz und Koestlers „Geheimschrift“ oder Klaus Manns „Der Wendepunkt“.

Geschichte, Staat, Wirtschaft

Hier zeigt sich besonders deutlich, daß Inventur gemacht wurde, daß im Sinne Goethes, daß die Geschichte von Zeit zu Zeit umgeschrieben werden müsse, neue Positionen im politischen und sozialen Bereich gesucht und zum Teil gefunden wurden. Hier stehen die „Standardwerke“ der Freyer, Rüstow, Jaspers, Alfred Weber und anderer, denen Meinecke mit seiner „Die deutsche Katastrophe“ und Jaspers mit der „Schuldfrage“ vorangegangen waren. Wir drängen nach dem Bewußtwerden unserer politischen Gegenwart und jüngsten Vergangenheit. So verstehen wir Brachers bedeutendes Buch über die Weimarer Republik, Hofers kluge Arbeit über den Nationalsozialismus, die erschütternden und ergreifenden Berichte über den Widerstand in den Büchern von Hassel, über Julius Leber und über Goerdeler. Die Tragödie des Judentums erfährt ihre Darstellung. Die Gestaltwerdung der Bundesrepublik wird behandelt. Das Problem der Überwindung des Nationalismus erfährt eine Bereicherung durch die Darstellung bei Hans Kohn „Die Idee des Nationalismus“, durch Coudenhove-Kalergis „Die europäische Nation“, durch Werke zur Geschichte und Gestaltung Europas (Dawson „Die Gestaltung des Abendlandes“, Schwerte „Denker und Deuter im heutigen Europa“, „Deutschland und Frankreich“ (Ludwigsburger Beiträge), Lemberg „Geschichte des Nationalismus in Europa“, Mirgeler „Geschichte Europas“) und andere Werke. Die Zahl der Memoiren von Politikern und Militärs ist Legion. Es sind in der Regel Entschuldigungsbücher, die dem Forscher Stoff liefern, dem Zeitgenossen aber weder Erhebung noch Erbauung bereiten. Die „Erinnerungen“ von Ernst von Weizsäcker stellen eine hervorragende Ausnahme dar. Sie sind Bericht und Deutung zugleich.

In einer Zeit der tausendfältigen Registrierwut wundert es fast nicht, daß ein Buch mit dem Titel „Die einsame Masse“ erscheint (David Riesman). Denn so sehr wir auch alle „erfaßt“ sind, unser Leben ist durch ein Gefühl der Einsamkeit gekennzeichnet. So erklären sich die politisch-wirtschaftlich psychologisierenden Bücher über „Die Angestellten“ (Fritz Croner), über „Der junge Arbeiter von heute — ein neuer Typ“ (Karl Bednarik) und andere. Die Literatur zur Soziologie enthält die erfreuliche Feststellung, daß die Familie als solche in den Erschütterungen der Zeit intakt geblieben ist. Daß das Individuum nicht vom Manager regiert werden will, wird deutlich in den Schriften von Berggrav und Dibelius.

Heimat

Der gute alte „Otto Brandt“ liegt nunmehr in fünfter Auflage vor. In der Tat berechtigt die überarbeitete und fortgeführte Ausgabe, von einer Neuerscheinung zu sprechen, und Brandts Geschichte Schleswig-Holsteins ist zu einem Begriff geworden, wenn auch nicht zu einem Buch von ergreifender und wirklich volkstümlicher Wirkung. An der großen wissenschaftlichen Darstellung unserer Landesgeschichte, begonnen vor 1939, wird seit einigen Jahren von führenden Historikern des Landes wieder gearbeitet. Diese Unternehmung wird von der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte getragen. Mit dem großen, 1950 erschienenen Werk „Deutschland und Skandinavien im Wandel der Jahrhunderte“ von Gerhardt und Hubatsch begann, so könnte man sagen, die Literatur zur Schleswigfrage auf einer neuen Ebene. Scharff, Steinhäuser, Hauser u. a. lieferten gewichtige Beiträge, aus denen der Versuch spürbar wurde, Heimat und Welt in der Einheit unserer Tage zu erblicken. Diesem Bemühen haben sich in besonderer Weise die „Grenzfriedenshefte“ seit ihrem Erscheinen 1953 gewidmet. Die politische Geschichte der Jahre seit 1945 schrieb als Kurier der Heimat, manche Distel am Wege findend, Ernst Siegfried Hansen, indem er dabei den Mut zu neuen Auffassungen mit einer unkonventionellen Darstellungsweise glücklich verband.

Eine reiche musische Ernte brachten Wilhelm Lehmann, Friedrich Ernst Peters und Emil Nolde in die Scheuer. Emil Nolde offenbarte plötzlich mit seinem Buch „Das eigene Leben“, daß er auch ein begnadeter und eingengeprägter Meister des Wortes ist. Die von der Stadt Flensburg herausgebrachte Schrift „Flensburger Tage“ und die von Hans Peter Johannsen zusammengestellte Anthologie deutscher und dänischer Dichtung zeigen, daß wirkliche Gespräche zwischen den Interessierten in beiden Ländern stattfinden.

Eine ermutigende Schlußbemerkung

Wir können nicht den Bogen um das ganze Thema der Literatur schlagen. Es wäre der erdkundlichen Bücher zu gedenken, die ganz neue Wege in der Erfassung der Welt gehen, oder der naturkundlichen mit ihren vielen Problemen, oder der Werke über die Erziehung und Psychologie, die Kunst und Musik, die Umwelt der Menschen im Hause, in der Technik und im Beruf. Es wäre einzugehen auf die philosophische Literatur, insbesondere zum Existentialismus, auf die bedeutenden Werke über die Kraft der christlichen Religion, aus denen hervorgeht, daß alle Krisen der Gegenwart nur aus einer philosophischen Neubesinnung und christlichen Glaubenserneuerung überwunden werden können. Es wäre zu sprechen über die Literatur zur Dichtung unserer Tage, die leider in vielen Fällen die konventionellen, ausgefahrenen Bahnen nicht verließ. Wir sind bereits jetzt in die Gefahr der Aufzählung geraten, üben wir uns in der schweren Kunst des

Weglassens. Die Leser dieser Zeitschrift dürfte, so nehmen wir an, die Stellung des Menschen in der Welt, des Ich zum Wir, des Ich in der Heimat und der Gesellschaft interessieren. Aus den Beiträgen des vergangenen Jahrzehnts geht nicht hervor, daß der kulturelle Wille und die kulturelle Kraft zu erlahmen drohen. Noch immer will der Mensch ein Leben im Geiste führen, und wenn er dabei an das Wort Johann Georg Hamanns (1730—1788) denkt „Das Produkt aus Lumpen und Druckerschwärze, das wir gemeinhin mit Buch bezeichnen, ist nur eins der großen sichtbaren Vermittler zwischen Geist und Zeit, und den Zeitgeist widerspiegelnd, hat es sich dauernder erwiesen, als Erz und Stein“, dann steht manches nicht so schlecht, als man bisweilen meinen möchte.

Das Grenzland und der Europagedanke

Ein Nachwort zu Bent A. Koch

Wir freuen uns, daß im vorigen Grenzfriedensheft einer der jungen Generation ungeschminkt zu den Fragen Stellung genommen hat, die im Grenzland noch auf Antwort warten. Wenn wir auch im Grundsätzlichen ihm überall zustimmen, sei es uns doch erlaubt, auf einzelnes hinzuweisen, wo vielleicht noch Mißverständnisse zu beseitigen sind.

1.

Auf Seite 12 oben weist er mit Recht die auf deutscher Seite nach 1945 lange übliche Unterscheidung zwischen echten und unechten Dänen zurück. Der Grenzfriedensbund hat von Anfang an diese Ausdrücke gemieden, nicht weil er solche Unterscheidung nicht kannte, sondern weil sie im einzelnen Fall niemals von Dritten getroffen werden kann. Ob eine Farbe echt oder unecht ist, kann erst die Zeit erweisen. Aber da, wo der einzelne selber zugibt, daß sein nationales Bekenntnis seiner inneren Überzeugung nicht entspricht, müssen wir es schon glauben, und die Fälle gibt es noch heute. Das ändert aber nichts daran, daß ihm das Recht zusteht, sich zu dem Volk zu bekennen, das ihm gefällt, auch nichts daran, daß selbst aus solchem Bekenntnis ihm kein Nachteil erwachsen darf.

Wie schwer es ist, sich im zivilen Leben zu solcher Einstellung durchzuringen, lese man nach in Claus Eskildsens „Grænselære“.

Den Bewohnern der volklichen Mischgebiete waren die Begriffe des echten und unechten Bekenntnisses schon lange vor 1945 bekannt, aber man brauchte sie nicht und sollte sich auch heute hüten, sie zu gebrauchen.

2.

Das Selbstbestimmungsrecht. Wir machten schon an anderer Stelle, S. 23 in Heft 3, auf die notwendige Unterscheidung zwischen nationalem, kulturellem und territorialem Selbstbestimmungsrecht aufmerksam. Bent A. Koch spricht nur vom kulturellen und vom politischen Selbstbestimmungsrecht und meint mit dem letzteren das Recht der Bevölkerung eines bestimmten Gebiets, durch Plebiszit über die staatliche Zugehörigkeit dieses Gebietes zu entscheiden, also das, was wir als territoriales Selbstbestimmungsrecht bezeichnen. Es handelt sich darum nicht um einen anderen Begriff, sondern um den anderen Ausdruck. Ich will gerne zugunsten des „politischen“ auf den von mir geprägten Ausdruck „territorial“, der

mir selber nicht sonderlich gefällt, verzichten, wenn er nicht zu Verwechslungen führt. Nach meinem Empfinden ist „politisch“ aber der Oberbegriff für alle drei Formen des hier in Frage kommenden Selbstbestimmungsrechts, das auch auf ganz andere Gebiete bezogen werden kann. Ich erlaube mir darum, vorläufig bei dem Ausdruck „territorial“ zu bleiben, bis man sich auf einen anderen einigt.

Zur Sache aber eines: Bent A. Koch meint, daß sich das kulturelle Selbstbestimmungsrecht vom territorialen nicht trennen ließe, und das haben schon andere behauptet, um damit die Forderung der Grenzverlegung zu rechtfertigen. Bent A. Koch schreibt: „Es muß darum vollauf legitim sein, das kulturelle zu fordern und das politische (territoriale) im Auge zu behalten.“

Es ist gut, hier einen Augenblick die Aufmerksamkeit anderen Minderheiten gebieten zuzuwenden. Die Minderheiten in Estland z. B. genossen in weitestem Umfang seinerzeit das kulturelle Selbstbestimmungsrecht und dachten ebensowenig wie die Deutschen in Lettland, in Ungarn und in Siebenbürgen daran, durch die Pflege ihrer deutschen Kultur jemals zu Deutschland zu kommen. Die Nationalitäten der Schweiz haben von jeher eine ungehemmte Garantie für die Ausübung ihres kulturellen Selbstbestimmungsrechts gehabt. Niemand denkt aber dort daran, als letztes Ziel die Angliederung ihrer Gebiete an die Mutterländer zu sehen, und niemand würde es dulden. Oder: Belgien hat weitgehend der deutschsprechenden Bevölkerung in Eupen und Malmédy das kulturelle Selbstbestimmungsrecht zugestanden. Es würde wahrscheinlich sofort in Frage gestellt werden, wenn man dahinter als letztes Ziel den Wiederanschluß an Deutschland wittern müßte. Und im Elsaß ist es so, daß den deutschsprechenden Elsässern noch heute das kulturelle Selbstbestimmungsrecht verweigert wird, weil man fürchtet, daß Anschlußabsichten an Deutschland im Hintergründe sein könnten.

Dem Norden aber liegen die Aalandsinseln am nächsten. Man weiß, aber vergißt, daß ihnen weitestgehende kulturelle Selbständigkeit zugebilligt worden ist, daß ihnen aber das territoriale Selbstbestimmungsrecht heute wie 1920 verweigert wird.

Jeder Staat betrachtet jeden, der es auf Minderung seines territorialen Bestandes abgesehen hat, als Feind. Jeden Staatsbürger, der dem Feinde behilflich ist, behandelt er als Landesverräter und ist darum hellhörig gegenüber allen Bestrebungen, die in dieser Richtung gedeutet werden können.

Nun ist es freilich so, daß in Dänemark wohl nur die Leute um Hansen-Larsen von einer „Eroberung Südschleswigs bei günstiger Gelegenheit“ träumen, die anderen hoffen, es auf demokratischem Wege durch eine Volksabstimmung bekommen zu können, die wiederum durch kulturelle Vorarbeit erst ermöglicht werden soll. Im Grunde genommen ist das nichts anderes als Imperialismus mit anderen Mitteln. Wir werden aber, wenn wir im kommenden Europa den Frieden sichern wollen,

imperialistisches Denken in jeder Form aufgeben müssen. Freilich wird das nur möglich sein, wenn dem einzelnen das nationale und kulturelle Selbstbestimmungsrecht so uneingeschränkt zugestanden wird, daß er aus diesen Gründen keine Veranlassung hat, seine jetzige Staatszugehörigkeit mit einer anderen zu tauschen.

Wenn aber wirtschaftliche, verkehrstechnische oder andere äußere Verhältnisse eine Änderung der Grenze angebracht erscheinen lassen, sollen die beiden Staaten sich überlegen, was zu tun ist, und die Bevölkerung soll entscheiden, wie das beispielhaft an der Saar vorgeführt worden ist.

So sind wir nicht der Meinung wie Bent A. Koch, daß das kulturelle und das territoriale Selbstbestimmungsrecht untrennbar miteinander verbunden sind, wir sind mit ihm aber darin einig, daß es unzeitgemäß ist, heute für eine Verlegung der deutsch-dänischen Grenze die Trommel zu rühren.

Neue Wege der Arbeitervolkshochschule Esbjerg

Einer Einladung zum Besuch der Arbeitervolkshochschule in Esbjerg ist der Vorstand des Grenzfriedensbundes gern gefolgt, sind doch recht viele Mitglieder des Bundes an einer Volkshochschule tätig gewesen oder noch tätig – und daher auch mit den die Gegenwart bewegenden Fragen einer Neugestaltung dieses Zweiges der allgemeinen Volksbildung vertraut.

Hat die Volkshochschule in ihrer bisherigen Zielsetzung und ihrer Arbeitsweise den Forderungen der Gegenwart Rechnung getragen? Das war für uns die entscheidende Frage. Hat sie insbesondere sich dem strukturellen Wandel der Gesellschaft angepaßt?

Wie hat die Arbeitervolkshochschule in Esbjerg dieses Problem zu lösen versucht? Auf diese Frage erwarteten wir eine klare Antwort – sie wurde uns gegeben.

Die Schule liegt am Stadtrande in einer landschaftlich schönen Umgebung, sie ist vor zwei Jahren von der dänischen Arbeiterbewegung neu errichtet worden und umfaßt ein großes modernes Verwaltungs- und Schulgebäude und drei Wohnhäuser für die Schüler.

Am Eingang der Schule werden wir von einem Lehrer der Anstalt begrüßt und in einen Vortragssaal geführt. Durch Vortrag und Fragestellung werden wir recht eingehend über Sinn und Zweck dieser Gründung und über die Gestaltung der Ausbildung unterrichtet. Geleitet wird die Schule von einem jugendlichen Vorsteher, dem fünf jugendliche Lehrer zur Seite stehen.

Das Motto der Schule: Freiheit und Verantwortung.

Aus einem uns überreichten Prospekt entnehmen wir: „Wir sind Gegner aller Vorurteile und Traditionen, uns interessiert die Zukunft. Wir wünschen eine

bessere Gemeinschaft, aber jeder Fortschritt erfordert Kenntnis der Organisation und Verantwortung ihr gegenüber. Wir haben den Unterricht so gestaltet, daß jeder, der in der Jugendarbeit steht, mit neuen Ideen und größerer Kenntnis der Vereinsarbeit heimkehren kann.“

Sie setzt sich bewußt ab vom Charakter der andern Volkshochschulen Grundtvigscher Prägung und schaltet damit eine nationale und religiöse Bindung aus. Diese ihre Distanzierung kommt besonders stark zum Ausdruck auf unterrichtlichem Gebiete. Schon die Auswahl der Unterrichtsfächer kennzeichnet den Charakter der Schule. Jugendprobleme, die Technik der Zukunft, Deutsch und Englisch, Musik, Nationalökonomie, Dänisch, Literatur, Gewerkschaftskunde, das neue Weltbild, Rechnen, Mathematik, Außenpolitik, Psychologie, Kunst und Kunstgeschichte, Familienkunde, Gemeinschaftskunde, Vereinsarbeit. Aus dieser großen Zahl der Fächer sind lediglich Dänisch und Rechnen verbindlich. Jeder Schüler kann seinen Zeitplan festlegen. In jedem Fachgebiet werden die zu behandelnden Probleme gemeinsam erarbeitet und auf kleinere Arbeitsgemeinschaften (vier bis sechs) aufgeteilt. Hier wird jeder, auch der schüchterne und zurückhaltende junge Mensch, zur Mitarbeit angeregt und gespannt. Es gilt, den einzelnen zu aktivieren, ihn zu befähigen, später seine Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen. Nicht das Maß des erarbeiteten Stoffes ist entscheidend für den Wert des Unterrichts, sondern lediglich die geistige Schulung des jungen Menschen. Das ist ein Kernstück in der Arbeit der Arbeitervolkshochschule.

Der Vormittag ist dem Unterricht vorbehalten. Am Nachmittag kann jeder seinen eigenen Plan gestalten oder seinem Hobby nachgehen. Für die verschiedensten Gebiete, ob Sport, Musik, Basteln usw., stehen Übungsstätten zur Verfügung. In dem behaglich eingerichteten Wohnheim findet er die geeignete Stätte der Entspannung und Erholung.

Auf sechs Monate ist jeder Kurs berechnet. Zuwendungen für die Bestreitung der Ausgaben werden wie bei den übrigen Volkshochschulen gewährt.

Für den Sommer liegen Pläne für zwei Familienkurse vor. Dauer zwei Wochen. Ein völlig neuer Plan: Vater, Mutter und Kinder werden gemeinsam auf die Volkshochschule geschickt. Am Vormittag nehmen Mann und Frau zusammen an den Kursen teil, die Kinder werden der Obhut einer Kindergärtnerin anvertraut. Am Nachmittag können die Familien ihre freie Zeit zu Ausflügen in die Umgegend ausnützen. Welche Bedeutung die gemeinsame geistige Arbeit von Mann und Frau für das Familienleben haben wird, soll im voraus nicht beurteilt werden, dürfte aber vielleicht revolutionierend wirken.

An dem gemeinsamen Mittagessen nehmen Lehrer, Schüler, Angestellte und Gäste teil, der soziale Charakter der Anstalt wird damit unterstrichen.

Am Ende eines Rundganges durch das Haus bleiben wir im letzten Saale vor

einem lebensgroßen Ölgemälde unseres Freundes – wir meinen ihn so nennen zu dürfen – Gammelgaard stehen. Sein Leben stand im Dienste der Arbeiterbildung und der Volkshochschule. Er war ein ständiger Teilnehmer unserer zwischenvölklichen Veranstaltungen und bekundete damit die Notwendigkeit einer gemeinsamen kulturellen Zusammenarbeit. Vor einem Jahr ist er gestorben. Wir zollen ihm Dank für seine Arbeit im Dienste zweier Völker.

J.N.

Aus der dänischen Volkshochschulbewegung

Wir lasen, daß die Apostolische Kirche in Kolding für 2,8 Millionen Kronen eine Volkshochschule mit 100 Zimmern gebaut und eingeweiht hat. Ein Angehöriger der Kirche schenkte der Schule 50 000 Kronen, sein ganzes Vermögen. Bei der Einweihung waren Mitglieder der Kirche aus Dänemark, England, Norwegen, aus der Schweiz und aus Deutschland zugegen.

*

In der letzten Nummer von „Front og Bro“ fordert Johannes Novrup, der Vorsteher der Volkshochschule Magleaa, eine neue Ideenstellung für die Grundtvigschen Volkshochschulen. Die von Grundtvig inspirierte völkliche Schau aus dänisch-nordischer Sicht erweist sich heute als zu eng und muß in seinem Geiste ausgeweitet werden auf die großen Zusammenhänge, die die Völker Europas aneinander binden und ein neues europäisches Bewußtsein erfordern. Die von uns bereits in der letzten Nummer kurz besprochene Volkshochschule in Snoghoj an der Beltbrücke scheint diesem Ziele dienen zu sollen.

*

Grenzlandgesinnung in Dänemark

Der Vorsitzende des dänischen Grenzvereins, Holger Andersen, teilte auf der letzten Vertreterversammlung mit, daß Leutnant Möllgaard in Vejle aus Anlaß des 70. Geburtstages seiner verstorbenen Frau dem Grenzverein zu deren Gedenken 100 000 Kronen vermacht habe und daß dies Legat nach seinem Tode auf wenigstens 250 000 Kronen erhöht werde.

*

Aus Südtirol

Der italienische Minister für öffentliche Arbeiten hat 2,5 Milliarden Lire (ca. 17,5 Millionen DM) für den Bau von 5000 Wohnräumen in Bozen bereitgestellt. Da diese Räume in der Hauptsache für zuwandernde italienische Industriearbeiter gedacht sind, sieht die Südtiroler Volksgruppe in dieser Maßnahme einen weiteren Schritt zur Italienisierung der bis 1920 fast rein deutschen Stadt. Für den 17.

November hatte man aus dieser Veranlassung eine Protestkundgebung auf dem Marktplatz in Bozen angesagt. Die neofaschistische Partei kündigte an, daß sie an demselben Tag, zur selben Stunde und auf demselben Platz eine Gegenkundgebung veranstalten werde, wenn die Südtiroler Volksgruppe ihren Plan durchführen würde. Die italienische Regierung hat daraufhin die Kundgebung innerhalb der Stadt Bozen verboten, die Abhaltung auf der benachbarten Burg Sigmundskron aber gestattet.

*

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen hatte in Westerland beschlossen, die nächste Tagung in Bozen abzuhalten. Die italienische Regierung hat der FUEV zur Abhaltung dieser Tagung auf italienischem Boden keine Genehmigung erteilt. Voraussichtlich wird sie nun in der Bretagne stattfinden.

*

Von der deutsch-belgischen Grenze

Die Teilnehmer an unserer Kieler Tagung 1956 werden sich des Vortrags von Professor Brüll aus St. Vith erinnern, der uns ein recht helles Bild der Verhältnisse im belgischen Grenzlande entrollte. Inzwischen erfahren wir, daß nicht alle deutschen Bewohner dieses Gebiets seine Ansicht teilen. Man beklagt, daß es dort infolge des Schocks von 1945 noch keine deutsche Organisation gibt und daß auch die Presse sich nur langsam zu einem volklichen Bekenntnis durchwagt. Neuerdings beklagt sich aber die Eupen-Malmédy-St. Vith Zeitung doch über Bestrebungen zur Französisierung der Schulen und öffentlichen Aufschriften. Sie veröffentlicht in den letzten Nummern einen umfangreichen Aufsatz von Professor Leo Weißgerber, in dem vor dem Übergang zur Doppelsprachigkeit gewarnt wird, Eupen sei eine rein deutsche Stadt und solle sich vor einer Minderung ihrer Sprache in acht nehmen. Die Zeitung hatte auch aufmerksam die Westerland Tagung der Minderheiten beobachtet, trotzdem die Deutschen in Belgien dort nicht vertreten waren. Sie veröffentlichte auch den Vortrag von Theodor Veiter, der dort gehalten wurde.

Ihr entnehmen wir auch, daß es zur Zeit 360 000 Deutsche in Rumänien gibt, daß für sie in Bukarest eine neue deutsche Mittelschule (Gymnasium) eröffnet worden ist und daß zur Weiterbildung den Schülern die Germanistische Fakultät der Universität offensteht. 13 000 Deutsche sollen in Bukarest den Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik gestellt haben.

MITTEILUNG

Die Post

wird im Laufe des Monats Dezember die Bezugsgelder in Höhe von 1,- und 2,- DM für das Kalenderjahr 1958 einziehen. Damit entfällt für diese Bezieher der Mitgliedsbeitrag.